



- Beschlusskammer 6 -

- Beschlusskammer 7 -

Az.: BK6-11-157, BK7-11-157

12.12.2011

Zertifizierungsverfahren

hier: Hinweispapier zur Antragstellung

Im Zuge des 3. Energiebinnenmarktpaketes der EU wurde für Transportnetzbetreiber die Zertifizierung durch die Regulierungsbehörde geregelt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften am 04.08.2011 sind die europäischen Vorgaben in der Neufassung des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (EnWG) in deutsches Recht umgesetzt worden. Gegenstand der Zertifizierung ist der Nachweis der Einhaltung der Entflechtungs- bzw. Organisationsvorgaben durch den Transportnetzbetreiber. Zur Zertifizierung wird bei der Regulierungsbehörde ein Zertifizierungsverfahren nach §§ 4a ff. EnWG durchgeführt. Dabei stehen drei Modelle zur Verfügung:

- der Eigentumsrechtlich entflochtene Transportnetzbetreiber („ETB“, § 8 EnWG),
- der Unabhängige Transportnetzbetreiber („UTB“, §§ 10 ff. EnWG) sowie
- der Unabhängige Systembetreiber („USB“, § 9 EnWG).

Um den betroffenen Unternehmen für eine bestmögliche Vorbereitung ihrer Anträge bereits im Vorfeld zentrale Hinweise zu geben und hierdurch zugleich eine einheitliche Entscheidungspraxis sowie einen reibungslosen Verfahrensablauf sicherzustellen, hat die Bundesnetzagentur das vorliegende Papier zur Antragstellung im Zertifizierungsverfahren erstellt. Die Hinweise zur Antragstellung enthalten dabei sowohl das Rechtsverständnis der Bundesnetzagentur zu einzelnen Zertifizierungsregelungen als auch eine (nicht abschließende) Aufzählung der jeweils durch den Transportnetzbetreiber vorzulegenden Unterlagen (siehe Anlagen 1 und 2).

Gliederung

1. Verfahren der Zertifizierung	4
1.1. Adressat der §§ 4a ff. EnWG: Betreiber eines Transportnetzes	4
1.2. Einleitung des Verfahrens und Antragsbefugnis	4
1.3. Antragsfrist	4
1.4. Erforderliche Unterlagen	5
1.5. Überblick behördliches Verfahren	6
1.6. Entscheidung der Regulierungsbehörde	6
1.6.1. Nebenbestimmungen	7
1.6.2. Benennung als Transportnetzbetreiber	8
1.7. Fiktion	8
1.8. Abweichendes Verfahren in Fällen mit Drittstaatenbezug	8
1.8.1. Kontrolle durch Personen aus Drittstaaten	9
1.8.2. Mitteilung an Kommission und Antragsfrist	10
1.8.3. Beteiligung BMWi	10
1.8.4. Beteiligung EU-Kommission	11
1.8.5. Entscheidung	11
1.8.6. Veröffentlichung	12
2. Der Eigentumsrechtlich entflochtene Transportnetzbetreiber (ETB), § 8 EnWG	13
2.1. Eigentum am Transportnetz	13
2.1.1. Unmittelbares Eigentum i.S.d. Sachenrechts	13
2.1.2. Mittelbares Eigentum durch Beteiligungen	14
2.1.3. Gemeinschaftsunternehmen	14
2.1.4. Umfang des Transportnetzes	15
2.1.4.1. Direkt und indirekt für das Transportnetz erforderliche Betriebsmittel	15
2.1.4.2. Ausnahme: Zulässigkeit von Nutzungsrechten („Pachtmodell“)	16
2.2. Kontrolle und Rechte am Transportnetzbetreiber	17
2.2.1. Grundstrukturen	17
2.2.2. Kontrolle über ein Unternehmen	19
2.2.3. Rechte an einem Unternehmen	20
2.3. Bestellung des Aufsichtsrats oder der zur Vertretung berufenen Organe	20
2.4. Gewährleistung der Mittel	21
2.5. Übermittlung sensibler Informationen	21
3. Der Unabhängige Transportnetzbetreiber (UTB), §§ 10 ff. EnWG	22
3.1. Stichtag, Aufgaben und Rechtsform	22
3.1.1. Stichtagsregelung	22
3.1.1.1. Umfang des privilegierten Transportnetzes	22
3.1.1.2. Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen	23
3.1.1.2.1. Kontrollkriterium	24
3.1.1.2.2. Aktivitätskriterium	24
3.1.1.2.3. Geographisches Kriterium	24
3.1.2. Aufgabenbereich des Unabhängigen Transportnetzbetreibers	25
3.1.3. Rechtsform	26
3.2. Vermögenswerte, Anlagen, Personalausstattung, Unternehmensidentität	26

3.2.1.	Gewährleistung der Mittel	26
3.2.2.	Eigentum an Vermögenswerten	27
3.2.3.	Eigenes Personal und Personalüberlassung	27
3.2.4.	Erbringung von Dienstleistungen	28
3.2.5.	Unternehmensidentität	30
3.2.6.	Trennung von Informationstechnologie	30
3.2.7.	Räumliche Trennung	31
3.2.8.	Rechnungslegung	32
3.3.	Rechte und Pflichten im vertikal integrierten Unternehmen	32
3.3.1.	Gewährleistung wirksamer Entscheidungsbefugnisse	33
3.3.2.	Unabhängigkeit des Transportnetzbetreibers	33
3.3.3.	Tochterunternehmen	34
3.3.4.	Gewährleistung der Mittel	37
3.3.5.	Marktüblichkeit der Vereinbarungen zwischen Transportnetzbetreiber und Unternehmen	38
3.4.	Unabhängigkeit des Personals und der Unternehmensleitung	38
3.4.1.	Mitteilung über Personal in der obersten Unternehmensleitung und Einwände der Bundesnetzagentur	39
3.4.2.	Vorgaben zur Einstellung („Cooling On“)	40
3.4.3.	Vorgang nach Beendigung („Cooling Off“)	41
3.4.4.	Gewährleistung der Unabhängigkeit	41
3.4.5.	Erwerb von Anteilen am vertikal integrierten Unternehmen	42
3.5.	Aufsichtsrat des Transportnetzbetreibers	43
3.5.1.	Gewährleistung eines Aufsichtsrats	43
3.5.2.	Aufgabenbereich	43
3.5.3.	Unabhängigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats	44
3.6.	Gleichbehandlungsprogramm	45
3.6.1.	Gleichbehandlungsbeauftragter	45
3.6.2.	Zustimmung der Bundesnetzagentur	46
3.6.3.	Sitzungsteilnahme	46
4.	Der Unabhängige Systembetreiber (USB), § 9 EnWG	48

Anlage 1: Unterlagen Eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber (ETB)

Anlage 2: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

1. Verfahren der Zertifizierung

1.1. Adressat der §§ 4a ff. EnWG: Betreiber eines Transportnetzes

„Der Betrieb eines Transportnetzes bedarf der Zertifizierung durch die Regulierungsbehörde.“ (§ 4a Abs. 1 S. 1 EnWG)

Gemäß § 4a Abs. 1 S. 1 EnWG müssen sich Transportnetzbetreiber (nachfolgend „TB“) durch die Regulierungsbehörde zertifizieren lassen. Der Betrieb von Transportnetzen ohne Zertifizierung stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 95 Abs. 1 Nr. 1a EnWG und kann mit bis zu 1 Mio. Euro Bußgeld belegt werden.

Transportnetz ist nach § 3 Nr. 31d EnWG jedes Übertragungs- oder Fernleitungsnetz. Dementsprechend ist TB gemäß § 3 Nr. 31c EnWG jeder Betreiber eines Übertragungs- oder Fernleitungsnetzes.

1.2. Einleitung des Verfahrens und Antragsbefugnis

„Das Zertifizierungsverfahren wird auf Antrag des Transportnetzbetreibers (...) eingeleitet.“ (§ 4a Abs. 1 S. 2 EnWG)

Obgleich die Einleitung des Verfahrens im Grundsatz auch auf Antrag des Transportnetzeigentümers, der Europäischen Kommission oder von Amts wegen erfolgen kann, empfiehlt es sich aus verfahrensökonomischen Erwägungen, dass der TB die Zertifizierung selbst beantragt. Denn in Fällen, in denen der TB nicht selbst Antragsteller ist, müsste er als Betroffener der Entscheidung dennoch zwingend am Verfahren beteiligt werden, da gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 2 EnWG neben dem Antragsteller das Unternehmen am Verfahren zu beteiligen ist, gegen welches sich das Verfahren richtet. Überdies trägt der TB die Beweislast im Zertifizierungsverfahren (§ 4a Abs. 3 EnWG).

1.3. Antragsfrist

„Transportnetzbetreiber (...) haben den Antrag auf Zertifizierung bis spätestens 3. März 2012 zu stellen.“ (§ 4a Abs. 1 S.2 EnWG)

§ 4a Abs.1 S.2 EnWG benennt als gesetzlichen Stichtag/Zeitpunkt für die Antragstellung spätestens den 03.03.2012.

Die Folge des Ausbleibens oder der Verspätung eines Antrages hat der Gesetzgeber nicht ausdrücklich geregelt. Unproblematisch wird die Behörde in einem solchen Fall aber ein Ver-

fahren von Amts wegen einleiten können und müssen, um die Einhaltung der Entflechtungsvorgaben entsprechend §§ 8 ff. EnWG zu gewährleisten.

1.4. Erforderliche Unterlagen

„Transportnetzbetreiber haben dem Antrag alle zur Prüfung des Antrags erforderlichen Unterlagen beizufügen. Die Unterlagen sind der Regulierungsbehörde auf Anforderung auch elektronisch zur Verfügung zu stellen.“ (§ 4a Abs. 2 EnWG)

Der Antragsteller hat mit dem Antrag alle zur Prüfung der Vorgaben nach §§ 8, 9 und 10 bis 10e EnWG notwendigen Dokumente einzureichen. Durch die Unterlagen muss die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben plausibel und nachvollziehbar dokumentiert werden. Um seiner Dokumentationspflicht grundsätzlich zu genügen, muss der Antragsteller

- die Unterlagen in 3-facher Ausfertigung in Reinschrift sowie in 2-facher geschwärzter, um Geschäftsgeheimnisse bereinigter Version in deutscher Sprache einreichen,
- sämtliche Unterlagen auch auf Daten- CD in 2-facher Ausfertigung beifügen, wobei wiederum sämtliche Dokumente auch in geschwärzter, um Geschäftsgeheimnisse bereinigter Fassung vorzulegen sind.
- dem Antrag eine schriftliche Erklärung beifügen, mit der sich sämtliche Personen, deren Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sich in den Unterlagen finden, mit der Weitergabe der Unterlagen an die EU- Kommission sowie an mit der Prüfung der Entflechtungsvorgaben betraute Berater der Bundesnetzagentur einverstanden erklären.

Welche konkreten Unterlagen erforderlich sind, ergibt sich im Einzelnen bei den materiellen Anforderungen. Es empfiehlt sich, die im Antrag getätigten Ausführungen entsprechend den Teilen 2 und 3 dieses Hinweispapiers zu untergliedern. Von der Bundesnetzagentur aufgestellte Anforderungslisten der im Zertifizierungsverfahren eines ETB oder UTB einzureichenden Unterlagen und Erklärungen sind diesem Hinweispapier als Anlagen (1 und 2) beigelegt. Die aufgeführten Unterlagen geben nach vorläufiger Einschätzung der Bundesnetzagentur den erforderlichen Mindestumfang wieder. Bei der Einreichung von Unterlagen sollte die Systematik dieser von der Bundesnetzagentur aufgestellten Anforderungslisten eingehalten werden, so dass die laufende Nummer der Anlagensammlung jeweils der Nummerierung in der einschlägigen Anforderungsliste entspricht. Die Bundesnetzagentur behält sich vor, im Verfahren jederzeit zusätzliche Unterlagen und Erklärungen nachzufordern.

Soweit es sich um Erklärungen einer Personenhandelsgesellschaft oder einer juristischen Person handelt, sind diese Erklärungen durch die jeweiligen vertretungsberechtigten Organe abzugeben und zu unterzeichnen, d.h. durch die geschäftsführenden Gesellschafter einer

OHG oder KG, die Geschäftsführer einer GmbH oder die Vorstände einer Aktiengesellschaft, jeweils in vertretungsberechtigter Zahl. Soweit Erklärungen nicht den Antragsteller unmittelbar, sondern Konzerngesellschaften (insbesondere auch Tochtergesellschaften) des Antragstellers betreffen, sind die Erklärungen durch die jeweils betroffene Konzerngesellschaft, handelnd durch das vertretungsberechtigte Organ, und nicht durch den Antragsteller abzugeben.

1.5. Überblick behördliches Verfahren

Der durch starre gesetzliche Fristen geprägte Prüfungsgang nach Einleitung des Verfahrens lässt sich graphisch wie folgt darstellen:

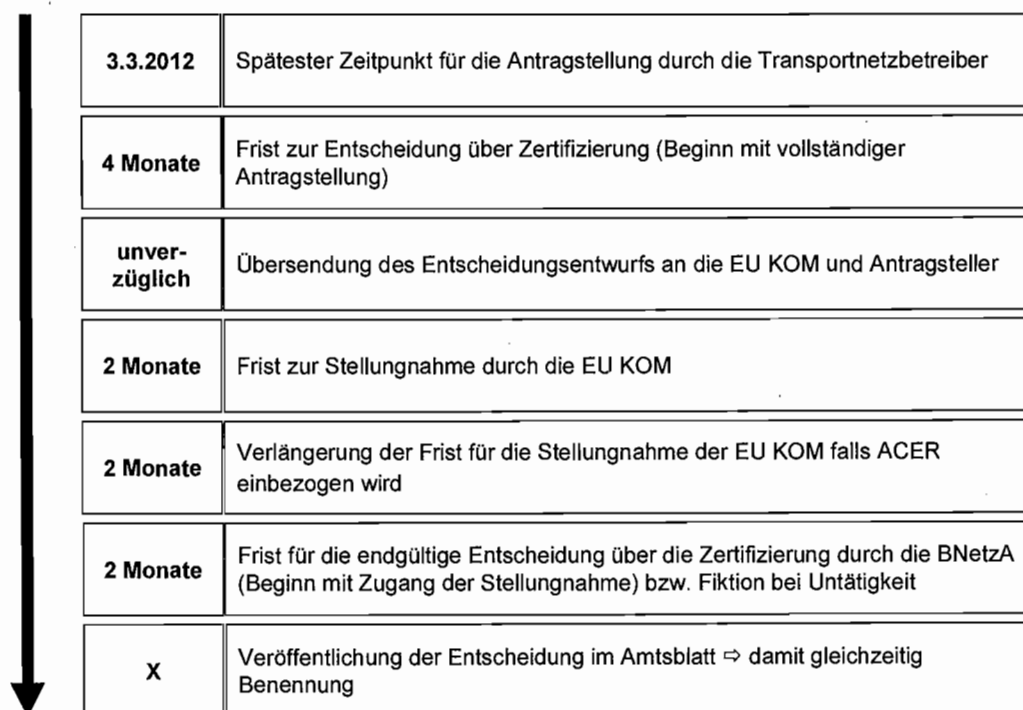


Abbildung 1: zeitlicher Ablauf des Zertifizierungsverfahrens

1.6. Entscheidung der Regulierungsbehörde

„Die Regulierungsbehörde hat binnen zwei Monaten nach Zugang der Stellungnahme der Europäischen Kommission oder nach Ablauf der Frist des Artikels 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 [...] über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel [...] oder des Artikels 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 [...]“

über die Bedingungen für den Zugang zu den Ergasfernleitungsnetzen [...], ohne dass der Regulierungsbehörde eine Stellungnahme der Europäischen Kommission zugegangen ist, eine Entscheidung zu treffen. Hat die Europäische Kommission eine Stellungnahme übermittelt, berücksichtigt die Regulierungsbehörde diese so weit wie möglich in ihrer Entscheidung.“ (§ 4a Abs. 6 S. 1 und S. 2 EnWG)

Die endgültige Entscheidung über die Zertifizierung muss die Regulierungsbehörde binnen zwei Monaten nach Eingang der Stellungnahme der EU- Kommission oder nach Ablauf der Stellungnahmefrist ohne Eingang einer solchen treffen.

Die Regulierungsbehörde berücksichtigt die Stellungnahme der Kommission dabei so weit wie möglich in ihrer Entscheidung.

Im Rahmen der erstmaligen Zertifizierungsentscheidung gelten die eventuell erforderlichen Genehmigungen und Zustimmungen als mit der Zertifizierung erteilt, soweit der genehmigungspflichtige Sachverhalt im Antrag hinreichend deutlich dargestellt und die entsprechenden Unterlagen vollständig eingereicht wurden. Dies betrifft beispielsweise die Prüfung der vertraglichen Bedingungen für die Erbringung von Dienstleistungen durch den TB für das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen nach § 10a Abs. 3 S. 2 Nr. 2 EnWG, die Genehmigung des Gleichbehandlungsprogramms nach § 10e Abs. 1 Satz 1 EnWG, die Zustimmung zur Ernennung des Gleichbehandlungsbeauftragten, § 10e Abs. 3 Satz 2 EnWG und die Genehmigung der Auftrags- oder Beschäftigungsbedingungen des Gleichbehandlungsbeauftragten, § 10e Abs. 3 Satz 3 EnWG.

1.6.1. Nebenbestimmungen

„Die Zertifizierung kann mit Nebenbestimmungen verbunden werden, soweit dies erforderlich ist, um zu gewährleisten, dass die Vorgaben der §§ 8 oder 9 oder 10 bis 10e erfüllt werden.“ (§ 4a Abs. 4 EnWG)

Die Entscheidung kann im Sinne von § 36 VwVfG befristet, bedingt oder unter Widerrufsvorbehalt erlassen werden. Ebenso kann sie mit einer Auflage oder dem Vorbehalt deren nachträglicher Aufnahme, Änderung oder Ergänzung versehen werden. Die Gesetzesbegründung führt hierzu aus, dass dem TB oder dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen im Rahmen der Nebenbestimmung auch aufgegeben werden könne, bestimmte Finanzkennzahlen zu erreichen, um eine ausreichende Finanzausstattung bei der Zertifizierung zu gewährleisten, welche die nachhaltige wirtschaftliche Leistungs- und Investitionsfähigkeit sicherstellt. Derzeitige Überlegungen gehen dahin, dass die Bundesnetzagentur von dieser Möglichkeit nur Gebrauch macht, wenn ein TB Anlass zu Zweifeln im Hinblick auf die erforderliche Finanzausstattung gibt.

Weiter behält sich die Bundesnetzagentur vor, Auflagen zur Gewährleistung der künftigen Einhaltung der Entflechtungsvorgaben auszusprechen. Dies kann insbesondere die Ausgestaltung des Gleichbehandlungsprogramms und seine Anwendung betreffen.

1.6.2. Benennung als Transportnetzbetreiber

„Die Entscheidung wird zusammen mit der Stellungnahme der Europäischen Kommission im Amtsblatt der Bundesnetzagentur in nicht personenbezogener Form bekannt gegeben.“ (§ 4a Abs. 6 S. 3 EnWG)

„Mit der Bekanntgabe der Zertifizierung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur ist der Antragsteller als Transportnetzbetreiber benannt. Die Regulierungsbehörde teilt der Europäischen Kommission die Benennung mit. Die Benennung eines Unabhängigen Systembetreibers im Sinne des § 9 erfordert die Zustimmung der Europäischen Kommission.“ (§ 4a Abs. 7 EnWG)

Mit der Benennung als TB durch formelle Bekanntgabe im Amtsblatt endet das Zertifizierungsverfahren. Die Bundesnetzagentur teilt der Kommission gemäß § 4a Abs. 7 S. 2 EnWG die Benennung mit. Im Falle des USB wird die Benennung des TB erst mit der Zustimmung der Kommission wirksam.

1.7. Fiktion

„Trifft die Regulierungsbehörde innerhalb der Frist nach Satz 1 keine Entscheidung, gilt der betreffende Transportnetzbetreiber bis zu einer Entscheidung der Regulierungsbehörde als zertifiziert.“ (§ 4a Abs. 6 S. 4 EnWG)

§ 4a Abs. 6 EnWG regelt eine Fiktion für den Fall, dass die Bundesnetzagentur keine Entscheidung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Stellungnahme der Kommission oder fruchtlosem Ablauf deren Stellungnahmefrist trifft. Der TB gilt als zertifiziert bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Regulierungsbehörde eine Entscheidung trifft. Mit der Entscheidung endet die Fiktion, ohne dass es hierzu einer formellen Klarstellung bedürfte. Die Regelung stellt sicher, dass der TB den Netzbetrieb legal fortsetzen darf und keine Rechtsunsicherheit im Fall einer Verfahrensverzögerung hinnehmen muss. Die Fiktion greift aber erst, nachdem die Kommission beteiligt wurde.

1.8. Abweichendes Verfahren in Fällen mit Drittstaatenbezug

„Wird ein Transportnetzbetreiber oder ein Transportnetzeigentümer von einer oder mehreren Personen aus einem oder mehreren Drittstaaten allein oder gemeinsam kontrolliert, ist die

Zertifizierung nur zu erteilen, wenn der Transportnetzbetreiber oder der Transportnetzeigentümer den Anforderungen der §§ 8 oder 9 oder der §§ 10 bis 10e genügt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie feststellt, dass die Erteilung der Zertifizierung die Sicherheit der Elektrizitäts- oder Gasversorgung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union nicht gefährdet. Der Antragsteller hat mit der Antragstellung nach Absatz 1 zusätzlich beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die zur Beurteilung der Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit erforderlichen Unterlagen einzureichen.“ (§ 4b Abs. 2 EnWG)

Schließlich kommt in dem Fall, dass Personen aus Drittstaaten beteiligt sind, ein abweichendes Verfahren zum Tragen, das neben der Beteiligung der EU- Kommission insbesondere eine Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) vorgibt. In Drittstaatenfällen wird der Prüfkatalog der Entflechtung um eine Untersuchung der Auswirkung der Zertifizierung auf die nationale und europäische Versorgungssicherheit erweitert. Außerdem erfolgt die Zertifizierung in Zusammenarbeit mit dem BMWi. Im Übrigen läuft das Verfahren in Grundzügen gleich ab, weshalb nachfolgend lediglich auf die Besonderheiten des Verfahrens eingegangen werden soll.

1.8.1. Kontrolle durch Personen aus Drittstaaten

„Beantragt ein Transportnetzbetreiber oder ein Transportnetzeigentümer, der von einer oder mehreren Personen aus einem oder mehreren Staaten, die nicht der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören (Drittstaaten), allein oder gemeinsam kontrolliert wird, die Zertifizierung, teilt die Regulierungsbehörde dies der Europäischen Kommission mit. Transportnetzbetreiber oder Transportnetzeigentümer haben den Antrag auf Zertifizierung bis spätestens 3. März 2013 bei der Regulierungsbehörde zu stellen.“ (§ 4b Abs. 1 EnWG)

Die Regelung des § 4b EnWG wird angewandt, wenn ein TB oder der Transportnetzeigentümer von einer oder mehreren Personen aus Drittstaaten kontrolliert wird.

Die kontrollierende Person muss sich außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes befinden. Weiterhin muss die Kontrolle allein, das heißt vollständig von einer oder mehreren Personen aus einem oder mehreren Drittstaaten ausgeübt werden. Maßgeblich für die Bestimmung der Kontrolle ist die europäische Fusionskontrollverordnung, Verordnung (EG) Nr. 139/2004 (nachfolgend „FKVO“). Hält die Drittstaatenperson die alleinige Kontrolle über den TB oder kommt die mitkontrollierende Person ebenfalls aus einem Drittstaat, ist nach § 4b EnWG zu verfahren. Dagegen wäre nach § 4a EnWG zu verfahren, wenn ein Drittstaatenunternehmen und ein europäisches Unternehmen gemeinsam den TB

kontrollieren; § 4a EnWG kommt daher immer zur Anwendung, wenn eine Person aus der EU oder dem europäischen Wirtschaftsraum den TB zumindest mitkontrolliert.

1.8.2. Mitteilung an Kommission und Antragsfrist

Sobald ein Antrag auf Zertifizierung eines Drittstaaten- TB gestellt wird, muss die Regulierungsbehörde die EU- Kommission gemäß § 4b Abs. 1 S. 2 EnWG informieren.

Zwar kann der TB den Antrag nach § 4b EnWG bis spätestens 03.03.2013 stellen. Allerdings bedeutet dies nicht, dass vorher eine Zertifizierung nach § 4a EnWG entbehrlich ist. Aus verfahrensökonomischen Erwägungen wird den betroffenen TB daher empfohlen, den Antrag nach § 4b EnWG bereits bis März 2012 zu stellen.

1.8.3. Beteiligung BMWi

„Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie übermittelt der Regulierungsbehörde binnen drei Monaten nach Eingang der vollständigen erforderlichen Unterlagen nach Absatz 2 Satz 2 seine Bewertung, ob die Erteilung der Zertifizierung die Sicherheit der Elektrizitäts- oder Gasversorgung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union gefährdet. Bei seiner Bewertung der Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit berücksichtigt das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

1. die Rechte und Pflichten der Europäischen Union gegenüber diesem Drittstaat, die aus dem Völkerrecht, auch aus einem Abkommen mit einem oder mehreren Drittstaaten, dem die Union als Vertragspartei angehört und in dem Fragen der Energieversorgungssicherheit behandelt werden, erwachsen;

2. die Rechte und Pflichten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber diesem Drittstaat, die aus einem mit diesem Drittstaat geschlossenen Abkommen erwachsen, soweit sie mit dem Unionsrecht in Einklang stehen, und

3. andere besondere Umstände des Einzelfalls und des betreffenden Drittstaats.“ (§ 4b Abs.3 EnWG)

Während die Regulierungsbehörde die Einhaltung der Vorgaben nach §§ 8 bis 10e EnWG untersucht, prüft das BMWi die Auswirkung der Zertifizierung auf die Sicherheit der nationalen und europäischen Energieversorgung anhand der in § 4b Abs.3 EnWG benannten Kriterien. Parallel zur Antragstellung bei der Bundesnetzagentur reicht der TB die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen beim BMWi ein (§ 4b Abs. 2 S. 2 EnWG). Die Prüfung durch das BMWi ist eine selbständige Bewertung zur Versorgungssicherheit, an die die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Zertifizierungsentscheidung gebunden ist.

1.8.4. Beteiligung EU-Kommission

„Vor einer Entscheidung der Regulierungsbehörde über die Zertifizierung des Betriebs eines Transportnetzes bitten Regulierungsbehörde und Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Europäische Kommission um Stellungnahme, ob der Transportnetzbetreiber oder der Transportnetzeigentümer den Anforderungen der §§ 8 oder 9 oder der §§ 10 bis 10e genügt und eine Gefährdung der Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union auf Grund der Zertifizierung ausgeschlossen ist.“ (§ 4b Abs. 4 EnWG)

Die EU- Kommission erhält, wie in dem Verfahren nach § 4a EnWG, Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor eine Entscheidung durch die nationale Regulierungsbehörde erlassen wird. Hierzu wird der durch die Regulierungsbehörde innerhalb von vier Monaten beginnend mit der Einleitung des Verfahrens zu erstellende Entscheidungsentwurf zusammen mit allen die Entscheidung betreffenden Informationen an die Kommission übermittelt. Die mögliche Stellungnahme der Kommission kann sich zum einen auf die Einhaltung der Entflechtungsvorgaben erstrecken, aber auch die Auswirkung der Zertifizierung auf die Sicherheit der europäischen Energieversorgung erfassen. Die Stellungnahmefrist beträgt wie im Verfahren nach § 4a EnWG zwei Monate und kann auf vier Monate ausgedehnt werden, wenn die Kommission „die Standpunkte der Agentur (ACER), des betroffenen Mitgliedstaats oder interessierter Kreise“ einholt, Art. 11 Abs. 6 UAbs. 2 der Richtlinien 2009/72/EG sowie 2009/73/EG.

1.8.5. Entscheidung

„Die Regulierungsbehörde hat innerhalb von zwei Monaten, nachdem die Europäische Kommission ihre Stellungnahme vorgelegt hat oder nachdem die Frist des Artikels 11 Absatz 6 der Richtlinie 2009/72/EG [...] über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt [...] oder des Artikels 11 Absatz 6 der Richtlinie 2009/73/EG [...] über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt [...] abgelaufen ist, ohne dass die Europäische Kommission eine Stellungnahme vorgelegt hat, über den Antrag auf Zertifizierung zu entscheiden. Die Regulierungsbehörde hat in ihrer Entscheidung der Stellungnahme der Europäischen Kommission so weit wie möglich Rechnung zu tragen. Die Bewertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ist Bestandteil der Entscheidung der Regulierungsbehörde.“ (§ 4b Abs. 5 EnWG)

Die Fristen zur Entscheidung entsprechen denen des Verfahrens nach § 4a EnWG. Die Bundesnetzagentur teilt ihre Entscheidung der Kommission unverzüglich „mit allen die Entscheidung betreffenden wichtigen Informationen“ mit, § 4b Abs. 6 EnWG.

1.8.6. Veröffentlichung

„Die Regulierungsbehörde hat ihre Entscheidung zusammen mit der Stellungnahme der Europäischen Kommission im Amtsblatt der Bundesnetzagentur in nicht personenbezogener Form zu veröffentlichen. Weicht die Entscheidung von der Stellungnahme der Europäischen Kommission ab, ist mit der Entscheidung die Begründung für diese Entscheidung mitzuteilen und zu veröffentlichen.“ (§ 4b Abs. 7 EnWG)

2. Der Eigentumsrechtlich entflochtene Transportnetzbetreiber (ETB), § 8 EnWG

Eine Zertifizierung eines TB im Rahmen der eigentumsrechtlichen Entflechtung setzt voraus, dass Eigentum am Transportnetz besteht (siehe folgenden Abschnitt 2.1.), Kontrolle und Rechte mit Bezug auf die Bereiche Gewinnung, Erzeugung oder Versorgung beschränkt (siehe folgenden Abschnitt 2.2.), die Vorgaben zur Bestellung des Aufsichtsrates eingehalten (siehe folgenden Abschnitt 2.3.) und ausreichende Mittel gewährleistet sind (siehe folgenden Abschnitt 2.4.). Im Rahmen eines Entflechtungsvorgangs muss sichergestellt werden, dass sensible Informationen nicht in die Bereiche Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb gelangen (siehe folgenden Abschnitt 2.5.).

2.1. Eigentum am Transportnetz

„Der Transportnetzbetreiber hat unmittelbar oder vermittelt durch Beteiligungen Eigentümer des Transportnetzes zu sein.“ (§ 8 Abs. 2 S. 1 EnWG)

Danach sind grundsätzlich zwei Konstellationen denkbar: Entweder hat der Netzbetreiber Eigentum im Sinne des Sachenrechts am Transportnetz inne (siehe folgenden Abschnitt 2.1.1.) oder ihm wird die Verfügungsbefugnis über das Transportnetz durch die Beteiligung an einer anderen Gesellschaft (Eigentumsgesellschaft) vermittelt, wobei diese Gesellschaft das sachenrechtliche Eigentum am Transportnetz innehat (siehe folgenden Abschnitt 2.1.2.). Dabei ist die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen grundsätzlich zulässig (siehe folgenden Abschnitt 2.1.3.). Das so gebildete Eigentum des TB muss sich auf das gesamte Transportnetz erstrecken (siehe folgenden Abschnitt 2.1.4.).

2.1.1. Unmittelbares Eigentum i.S.d. Sachenrechts

In der ersten Alternative von § 8 Abs. 2 S. 1 EnWG hält der TB unmittelbar selbst das sachenrechtliche Eigentum am Transportnetz.

Maßstab für die Beurteilung des Eigentums sind die §§ 903 ff. BGB. Eigentum im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 1 Alt. 1 EnWG ist auch das Bruchteilseigentum am betriebenen Transportnetz, da es vollwertiges Eigentum im Sinne des BGB darstellt.

Insbesondere bei Gasfernleitungen treten verschiedene Fallkonstellationen auf, in denen eine Leitung von mehreren TB genutzt wird, die sich in der einen oder anderen Form auch das Eigentum an diesen Leitungen oder Kapazitäten teilen. Die technische Betriebsführung kann faktisch aber nur einheitlich erfolgen. Allerdings können Betreibereigenschaft und Betriebsführung auseinander fallen, ohne dass dies zu beanstanden ist.

2.1.2. Mittelbares Eigentum durch Beteiligungen

Nach der zweiten Alternative des § 8 Abs. 2 S. 1 EnWG kann der TB auch vermittelt durch Beteiligungen Eigentümer des Transportnetzes sein. Das sachenrechtliche Eigentum am Netz oder Teilen davon steht dann einer anderen Gesellschaft zu, an der der TB Beteiligungen hält (Eigentumsgesellschaft).

Dies setzt voraus, dass die Beteiligung an dieser Gesellschaft eine Verfügungsbefugnis über das Transportnetz vermittelt, die der eines Eigentümers nach Maßgabe der §§ 903 ff. BGB entspricht. Damit ist nicht notwendig eine alleinige Verfügungsbefugnis über das Netz verbunden. Vielmehr genügen auch Rechte, die mit denen eines Miteigentümers nach §§ 1008 ff. BGB zu vergleichen sind. Die Rechte sind im Gesellschaftsvertrag der Eigentumsgesellschaft, beispielsweise durch entsprechende Weisungsrechte oder Zustimmungsvorbehalte des TB, zu vereinbaren.

Bei den durch Beteiligung vermittelten Eigentumsrechten gibt es unterschiedliche Konstellationen; z.B. gibt es Fälle, in denen die jeweiligen Anteile an den Leitungen über Gesellschaftsanteile abgebildet werden (Leitungsgesellschaften). Die Anteile, die die Anteilseigner halten, entsprechen dabei im Gasbereich regelmäßig auch den Kapazitäten, über die diese an der Leitung verfügen. Nicht zulässig sind Fälle, in denen Unternehmen aus den Wettbewerbsbereichen Anteile an diesen Leitungsgesellschaften halten. Im Rahmen der Entflechtungsvorgaben ist dies nur zulässig, wenn Anteilseigner ein TB ist. Voraussetzung muss hier aber immer sein, dass eine gemeinsame Beherrschung der Leitungsgesellschaft, die unmittelbare Eigentümerin ist, stattfindet und nicht eines der beteiligten Unternehmen die Gesellschaft aufgrund gesellschaftsvertraglicher Regelungen oder durch entsprechende anderweitige Absprachen oder Verträge allein kontrolliert. In diesem Fall würden nicht kontrollierende Unternehmen kein „mittelbares Eigentum“ am Transportnetz halten. Maßstab ist insoweit die FKVO.

2.1.3. Gemeinschaftsunternehmen

„Die Verpflichtung nach Satz 1 gilt als erfüllt, wenn zwei oder mehr Unternehmen, die Eigentümer von Transportnetzen sind, ein Gemeinschaftsunternehmen gründen, das in zwei oder mehr Mitgliedstaaten als Betreiber für die betreffenden Transportnetze tätig ist. Ein anderes Unternehmen darf nur dann Teil des Gemeinschaftsunternehmens sein, wenn es nach den Vorschriften dieses Abschnitts entflochten und zertifiziert wurde.“ (§ 8 Abs. 2 S. 7 und S. 8 EnWG)

Eine dritte Möglichkeit zur Ausgestaltung des eigentumsrechtlich entflochtenen TB ist die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens, das in mindestens zwei Mitgliedstaaten

Transportnetze betreibt. In diesem Fall kann Netzeigentum und Betreibereigenschaft gesellschaftsrechtlich vollständig auseinanderfallen.

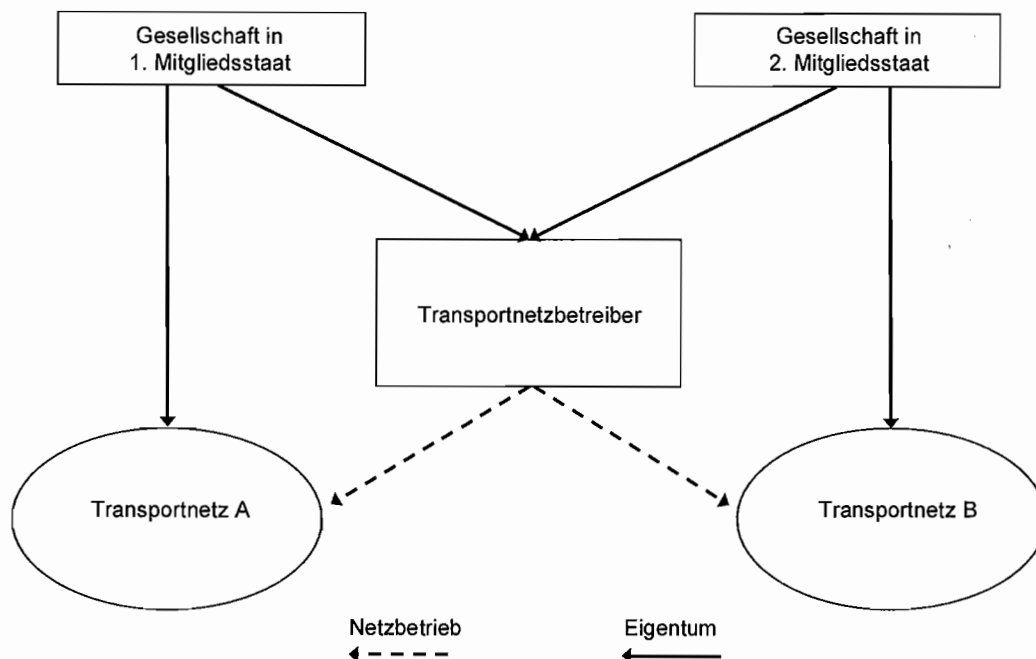


Abbildung 2: Struktur von Gemeinschaftsunternehmen

2.1.4. Umfang des Transportnetzes

Das Eigentum des ETB muss sich auf das Transportnetz erstrecken, wobei grundsätzlich zwischen direkten Teilen und indirekten Teilen des Transportnetzes zu unterscheiden ist.

2.1.4.1. Direkt und indirekt für das Transportnetz erforderliche Betriebsmittel

Zu den direkten Betriebsmitteln des Transportnetzes zählen sämtliche Betriebsmittel, die direkt für den Betrieb des Transportnetzes erforderlich sind. Erforderlich ist dabei alles, was der Netzbetreiber zur Erfüllung seiner Pflichten, also u.a. für die Herstellung von Anschluss an das Netz und die Gewährleistung des Zugangs zum Netz benötigt; inklusive der Leitwarte. Der TB muss über Transportmittel derart verfügen, dass er nicht von einem Dritten, beispielsweise zur Gewährung des Netzzugangs, abhängig ist.

Zu den indirekten Betriebsmitteln des Transportnetzes zählen dagegen sämtliche Betriebsmittel, die nur mittelbar für den Betrieb des Transportnetzes notwendige Einrichtungen und Anlagen sind (wie z.B. Büroräume, IT-Hardware, etc.); diese Betriebsmittel werden damit nicht erfasst. Genauso sind nicht-technische (z.B. zur Bilanzierung notwendige Einrichtungen) sowie immaterielle Vermögenswerte (z.B. Eigentum an der Marke des TB) nicht erfasst.

2.1.4.2. Ausnahme: Zulässigkeit von Nutzungsrechten („Pachtmodell“)

Die vorangegangenen Ausführungen zugrunde gelegt, wären sonstige Nutzungsrechte (Pacht, Nießbrauch o.ä.) grundsätzlich nicht ausreichend. Da der TB in diesen Fällen weder unmittelbar noch vermittelt durch Beteiligungen Eigentümer ist und auch kein Gemeinschaftsunternehmen im o.g. Sinne vorliegt (siehe Abschnitt 2.1.3.). Solche Nutzungsüberlassungslösungen sind allerdings in der Praxis sehr häufig anzutreffen und können als Ausnahme von der Regel des Eigentumserwerbs im Einzelfall zulässig sein, wenn

1. der TB einen solch starken Einfluss auf das überlassene Objekt ausübt, dass dieser einer Eigentümerstellung vergleichbar ist, d.h. die Überlassungsverträge so ausgestaltet sind, dass der TB faktisch und rechtlich vergleichbar einem Eigentümer agieren kann,
2. das Objekt von einem anderen TB oder im Rahmen eines als USB zertifizierten Eigentümers zur Nutzung überlassen wird und
3. das überlassene Objekt im Verhältnis zum Gesamttransportnetz nicht wesentlich ins Gewicht fällt, d.h. nur solche Leitungen oder Anlagen, die im Vergleich zum sonstigen Netz eine untergeordnete Rolle spielen, können zur Nutzung überlassen werden.

Sinn und Zweck der Entflechtungsregelungen werden nicht gefährdet, wenn in einem beschränkten Maße und unter den o.g. Bedingungen Nutzungsüberlassungen ausnahmsweise zugelassen werden. Eine „wirksame Entflechtung“ soll eine wirksame Trennung des Netzbetriebs von Erzeugung/Versorgung ermöglichen, ansonsten bestünde die Gefahr einer Diskriminierung nicht nur in Ausübung des Netzgeschäfts, sondern auch in Bezug auf die Schaffung von Anreizen für vertikal integrierte Unternehmen, ausreichend in ihre Netze zu investieren (vgl. Erwägungsgrund 9 StromRL 2009/72/EG bzw. Erwägungsgrund 6 GasRL 2009/73/EG). Dabei soll das Entflechtungssystem die Interessenkonflikte zwischen Erzeugern und Lieferanten einerseits und TB andererseits wirksam lösen, um Anreize für die notwendigen Investitionen zu schaffen und Zugang von Markteinsteigern zu gewährleisten (vgl. Erwägungsgrund 12 StromRL 2009/72/EG bzw. Erwägungsgrund 9 GasRL 2009/73/EG). Materiell kommt es nicht zu einer Beeinträchtigung der Entflechtungsvorschriften, wenn Teile des Transportnetzes von einem anderen TB zur Nutzung überlassen werden, weil die Nutzungsüberlassung unter kooperierenden Netzbetreibern stattfindet, die jeweils selbst den entflechtungsrechtlichen Vorgaben genügen müssen. Die Nutzungsüberlassung des gesamten Netzes oder Teile dieses Netzes vom assoziierten vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen ist dagegen keinesfalls mehr zulässig, weil das vertikal integrierte Unternehmen keine Kontrolle mehr über ein Transportnetz ausüben darf (vgl. § 8 Abs. 2 S. 2 EnWG). Diese Ansicht beruht auf der Auslegung der nationalen Rechtsvorschriften des EnWG, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die Europäische Kommission unter Umständen

eine abweichende striktere Haltung einnehmen und die Eigentümerstellung des TB für alle relevanten Netzteile verlangen könnte.

2.2. Kontrolle und Rechte am Transportnetzbetreiber

„Personen, die unmittelbar oder mittelbar die Kontrolle über ein Unternehmen ausüben, das eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnimmt, sind nicht berechtigt, unmittelbar oder mittelbar Kontrolle über einen Betreiber eines Transportnetzes oder ein Transportnetz oder Rechte an einem Betreiber eines Transportnetzes oder einem Transportnetz auszuüben.“ (§ 8 Abs. 2 S. 2 EnWG)

„Personen, die unmittelbar oder mittelbar die Kontrolle über einen Transportnetzbetreiber oder ein Transportnetz ausüben, sind nicht berechtigt, unmittelbar oder mittelbar Kontrolle über ein Unternehmen, das eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnimmt, oder Rechte an einem solchen Unternehmen auszuüben.“ (§ 8 Abs. 2 S. 3 EnWG)

Diese Vorgaben zum ETB beinhalten zwei gesellschaftsrechtliche Grundstrukturen, die ausdrücklich untersagt sind (siehe folgenden Abschnitt 2.2.1.), sofern entweder Kontrolle vorliegt (siehe folgenden Abschnitt 2.2.2.) oder Rechte ausgeübt werden können (siehe folgenden Abschnitt 2.2.3.). Kontrolle und Rechte sind stets mit Bezug auf die Europäische Union und sektorübergreifend zu betrachten. Das heißt, die relevanten Beteiligungen sind räumlich auf die Europäische Union begrenzt und für den Strom- und Gassektor gemeinsam zu würdigen (Art. 9 Abs. 3 StromRL und Art. 9 Abs. 3 GasRL).

2.2.1. Grundstrukturen

Die Regelung unterscheidet zwei mögliche Grundstrukturen. Im ersten Fall kontrolliert eine Person ein Unternehmen mit der Funktion Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden. In diesem Fall sind eine Kontrolle des TB sowie die Ausübung von Rechten durch diese Person ausgeschlossen.

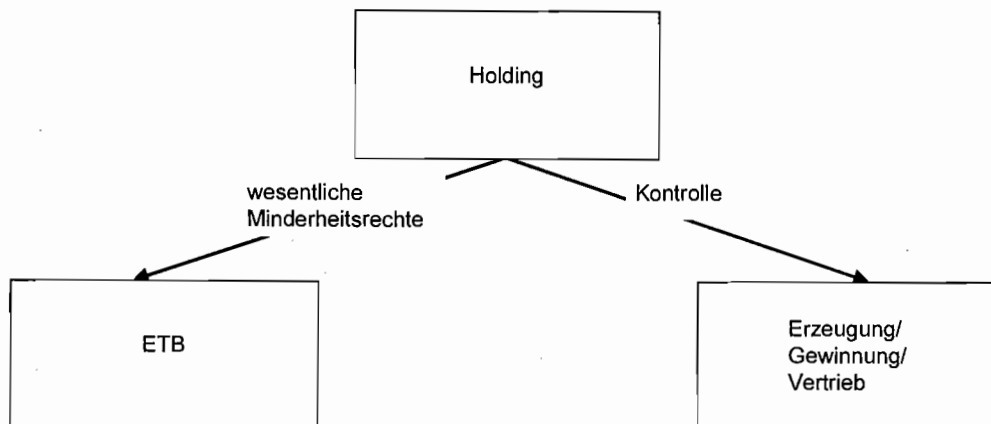


Abbildung 3: unzulässige Grundstruktur ETB 1

Im zweiten Fall kontrolliert eine Person den TB. In diesem Fall ist eine Kontrolle von Unternehmen mit der Funktion Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb sowie die Ausübung von Rechten ausgeschlossen.

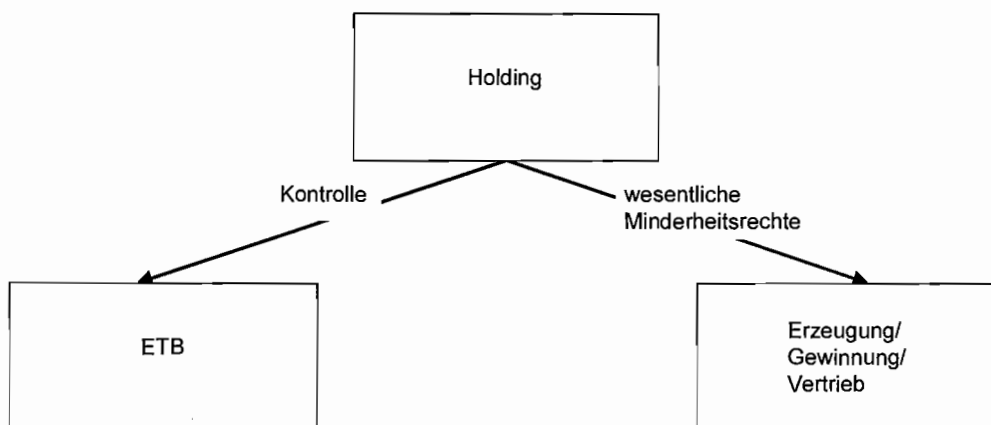


Abbildung 4: unzulässige Grundstruktur ETB 2

Unter Beachtung dieser ausgeschlossenen Modelle sind damit folgende Beteiligungsmöglichkeiten zertifizierbar, sofern die in der Grafik benannten Schwellen keine wesentlichen Minderheitsrechte oder Kontrolle vermitteln:

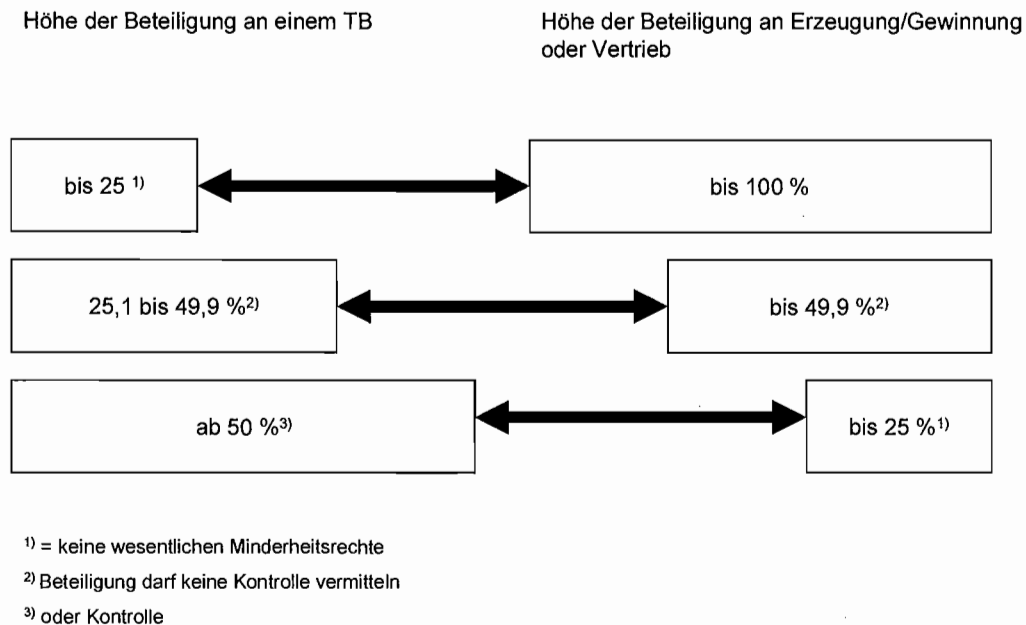


Abbildung 5: zulässige Grundstrukturen ETB

Denkbar ist auch, dass ein Unternehmen zertifizierbar ist, wenn zwar die 25 % Schwelle überschritten wird, allerdings die Beteiligung keine bestimmende Einflussnahme durch Kontrolle oder Rechte vermittelt.

2.2.2. Kontrolle über ein Unternehmen

In Art. 3 Abs. 2 FKVO wird der Begriff der „Kontrolle“ wie folgt definiert:

„Die Kontrolle wird durch Rechte, Verträge oder andere Mittel begründet, die einzeln oder zusammen unter Berücksichtigung aller tatsächlichen oder rechtlichen Umstände die Möglichkeit gewähren, einen bestimmenden Einfluss auf die Tätigkeit eines Unternehmens auszuüben, insbesondere durch:

- a) Eigentums- oder Nutzungsrechte an der Gesamtheit oder an Teilen des Vermögens des Unternehmens;
- b) Rechte oder Verträge, die einen bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung, die Beratungen oder Beschlüsse der Organe des Unternehmens gewähren.“

Liegt ein „bestimmender Einfluss“ im Sinne der FKVO seitens eines Versorgungsunternehmens gegenüber einem anderen Versorgungsunternehmen vor, so wird die Unternehmensgruppe entsprechend der Verbundklausel als eine Einheit zusammengefasst. Der Begriff des „bestimmenden Einflusses“ wird dahingehend ausgelegt, dass die unternehmerische Ent-

scheidungsgewalt auf eine andere Rechtspersönlichkeit übertragen ist und daher die Willensbildung im Unternehmen nicht mehr unabhängig ist. Abhängige Unternehmen sind rechtlich selbständige Unternehmen, auf die ein anderes Unternehmen (herrschendes Unternehmen) unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Auf die tatsächliche Ausübung der Kontrolle kommt es nicht an. Der bestimmende Einfluss muss den Wettbewerbsbereich des abhängigen Unternehmens betreffen, also wettbewerbserheblich sein, so dass die kontrollierenden Unternehmen die Möglichkeit haben, die eigenen Wettbewerbsinteressen durchzusetzen.

Kontrolle kann durch Anteilsverkauf, Erwerb von Vermögenswerten, konzernrechtliche Organisationsverträge oder in sonstiger Weise, insbesondere durch personelle Verflechtung, erlangt werden.

2.2.3. Rechte an einem Unternehmen

„Rechte im Sinne von Satz 2 bis 4 sind insbesondere:

1. die Befugnis zur Ausübung von Stimmrechten, soweit dadurch wesentliche Minderheitsrechte vermittelt werden, insbesondere in den in § 179 Absatz 2 des Aktiengesetzes, § 182 Absatz 1 des Aktiengesetzes sowie § 193 Absatz 1 des Aktiengesetzes geregelten oder vergleichbaren Bereichen,
2. die Befugnis, Mitglieder des Aufsichtsrates oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe zu bestellen,
3. das Halten einer Mehrheitsbeteiligung.“ (§ 8 Abs. 2 S. 6 EnWG)

Kontrolliert eine Person ein Unternehmen aus den wettbewerblichen Energiebereichen, darf sie keine Rechte am TB ausüben und umgekehrt. Dabei ist das Halten von Minderheitsbeteiligungen mit Stimmrechten grundsätzlich zulässig. Dies allerdings nur, soweit keine wesentlichen Minderheitsrechte (Vetorechte) vermittelt werden. Dies ist grundsätzlich ab einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung in Höhe von mehr als 25% anzunehmen. Die Schwelle von 25,1% gilt jedoch nicht absolut.

2.3. Bestellung des Aufsichtsrats oder der zur Vertretung berufenen Organe

„Personen, die unmittelbar oder mittelbar die Kontrolle über ein Unternehmen ausüben, das eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnimmt, oder Rechte an einem solchen Unternehmen ausüben, sind nicht berechtigt, Mitglieder des Aufsichtsrates oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe eines Betreibers von Transportnetzen zu bestellen.“ (§ 8 Abs. 2 S. 4 EnWG)

„Personen, die Mitglied des Aufsichtsrates oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe eines Unternehmens sind, das eine Funktion der Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnimmt, sind nicht berechtigt, Mitglied des Aufsichtsrates oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe des Transportnetzbetreibers zu sein.“ (§ 8 Abs. 2 S. 5 EnWG)

Diese Vorgaben beinhalten zwei mögliche personelle Verflechtungen, die ausdrücklich untersagt sind. Einerseits betrifft dies die Bestellung des Aufsichtsrates / der zur Vertretung des ETB berufenen Organe, andererseits sind die Mitglieder des Aufsichtsrates / der zur Vertretung berufenen Organe selbst betroffen.

2.4. Gewährleistung der Mittel

„Transportnetzbetreiber haben zu gewährleisten, dass sie über die finanziellen, materiellen, technischen und personellen Mittel verfügen, die erforderlich sind, um die Aufgaben nach Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 wahrzunehmen.“ (§ 8 Abs. 2 S. 9 EnWG)

Der Antragsteller muss in geeigneter Weise und überzeugend darlegen, dass er in der Lage ist, seinen Pflichten, die sich aus Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 EnWG ergeben (Aufgaben der Netzbetreiber, Netzanschluss und Netzzugang), nachzukommen. Der finanzielle Rahmen muss auch finanzielle Mittel für Neuinvestitionen ermöglichen. Insbesondere solche, die sich aus gesetzlichen Anschlussverpflichtungen oder dem Netzentwicklungsplan ergeben.

2.5. Übermittlung sensibler Informationen

„Im unmittelbaren Zusammenhang mit einem Entflechtungsvorgang nach Absatz 1 dürfen weder wirtschaftlich sensible Informationen nach § 6a, über die ein Transportnetzbetreiber verfügt, der Teil eines vertikal integrierten Unternehmens war, an Unternehmen übermittelt werden, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen, noch ein Personalübergang vom Transportnetzbetreiber zu diesen Unternehmen stattfinden.“ (§ 8 Abs. 3 EnWG)

Entscheidet sich ein Unternehmen seinen TB als ETB zu entflechten, so ist darzulegen, dass im Zuge des Entflechtungsvorgangs keine Informationen i.S.d § 6a EnWG an das vertikal integrierte Unternehmen übermittelt wurden und dass kein Personal des TB übergegangen ist. Für den Übergang des Personals gilt als Stichtag der Tag des Inkrafttretens des EnWG.

3. Der Unabhängige Transportnetzbetreiber (UTB), §§ 10 ff. EnWG

„Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen können einen Unabhängigen Transportnetzbetreiber nach Maßgabe dieser Bestimmung sowie der §§ 10a bis 10e einrichten ...“ (§ 10 Abs. 1 S. 1 EnWG)

„Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen haben die Unabhängigkeit ihrer im Sinne von § 3 Nummer 38 verbundenen Unabhängigen Transportnetzbetreiber hinsichtlich der Organisation, der Entscheidungsgewalt und der Ausübung des Transportnetzgeschäfts nach Maßgabe der §§ 10a bis 10e zu gewährleisten.“ (§ 10 Abs. 2 S. 1 EnWG)

Eine Zertifizierung eines TB als Unabhängigen Transportnetzbetreiber (UTB) setzt voraus, dass sowohl die Voraussetzungen des § 10 EnWG als auch die Vorgaben der §§ 10a bis 10e EnWG erfüllt sind.

3.1. Stichtag, Aufgaben und Rechtsform

Der TB kann sich nur dann als UTB zertifizieren lassen, wenn das Transportnetz vor dem 03.9.2009 im Eigentum eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens stand (siehe folgenden Abschnitt 3.1.1.), bestimmte Mindestaufgaben eigenverantwortlich wahrgenommen werden (siehe folgenden Abschnitt 3.1.2.), und er in einer zulässigen Rechtsform organisiert ist (siehe folgenden Abschnitt 3.1.3.).

3.1.1. Stichtagsregelung

„Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen können einen Unabhängigen Transportnetzbetreiber nach Maßgabe dieser Bestimmung sowie der §§ 10a bis 10e einrichten wenn das Transportnetz am 3. September 2009 im Eigentum eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens stand.“ (§ 10 Abs. 1 S. 1 EnWG)

3.1.1.1. Umfang des privilegierten Transportnetzes

Ausweislich des Wortlauts in § 10 Abs. 1 S. 1 EnWG ist für die Stichtagsbetrachtung das Transportnetz als solches und nicht die damalige juristische Person des TB relevant. Mit Blick auf die Frage, in welchem Umfang das Transportnetz privilegiert ist, lassen sich die nachfolgenden Fallkonstellationen unterscheiden, die grundsätzlich unter die Stichtagsregelung subsumiert werden können:

- Bestandsnetz,
- Erweiterungen des Bestandsnetzes, die mit diesem physisch verbunden sind,

- Erweiterungen des Bestandsnetzes, die mit diesem physisch nicht verbunden sind,
- Erweiterungen des Bestandsnetzes, wenn die Erweiterung in einem neuen Unternehmen innerhalb des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens erfolgt,
- Erweiterungen des Bestandsnetzes, wenn die Erweiterung in einem neuen Unternehmen erfolgt, das nicht mehr Teil des alten, sondern eines neuen vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens ist.

Nach Ansicht der Bundesnetzagentur fallen alle Übertragungsnetzbetreiber und die meisten Fernleitungsnetzbetreiber unter die Stichtagsregelung. Es steht den Unternehmen daher frei, sich auch später noch als UTB zu organisieren oder Netzteile auszugründen, die durch Unternehmen in Form des UTB betrieben werden, wenn diese zwischenzeitlich als ETB agieren. Dies kann zur Entstehung neuer vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen führen.

3.1.1.2. Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen

Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen ist „ein in der Europäischen Union im Elektrizitäts- oder Gasbereich tätiges Unternehmen oder eine Gruppe von Elektrizitäts- oder Gasunternehmen, die im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004 S. 1) miteinander verbunden sind, wobei das betreffende Unternehmen oder die betreffende Gruppe in der Europäischen Union im Elektrizitätsbereich mindestens eine der Funktionen Übertragung oder Verteilung und mindestens eine der Funktionen Erzeugung oder Vertrieb von Elektrizität oder im Erdgasbereich mindestens eine der Funktionen Fernleitung, Verteilung, Betrieb einer LNG-Anlage oder Speicherung und gleichzeitig eine der Funktionen Gewinnung oder Vertrieb von Erdgas wahrnimmt.“ (§ 3 Nr. 38 EnWG)

Mit dem neuen EnWG wurde die Definition des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens dahingehend ergänzt, dass zur Beurteilung der vertikalen Integration auf die Europäische Union abzustellen ist. Ebenfalls neu ist die Einschränkung, dass nur solche Unternehmen dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen zugerechnet werden, die selbst Elektrizitäts- oder Gasunternehmen sind.

Um festzustellen, ob ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen vorliegt, ist Folgendes zu prüfen: Ein Elektrizitäts- oder Gasunternehmen muss zumindest mit einem weiteren Elektrizitäts- oder Gasunternehmen durch Beherrschung verbunden sein (Kontrollkriterium) (siehe folgenden Abschnitt 3.1.1.2.1.). Zumindest ein Unternehmen muss ein Netzbetreiber sein und mindestens eins der mit dem Netzbetreiber verbundenen Unterneh-

men muss gleichzeitig eine Funktion in den Wettbewerbsbereichen wahrnehmen (Aktivitätskriterium) (siehe folgenden Abschnitt 3.1.1.2.2.). Sowohl der Netzbetreiber als auch das mit diesem verbundene Unternehmen müssen in der Europäischen Union tätig sein (Geographisches Kriterium) (siehe folgenden Abschnitt 3.1.1.2.3.).

3.1.1.2.1. Kontrollkriterium

Die Definition der Kontrolle ergibt sich aus der FKVO, wonach die Kontrolle über ein Unternehmen durch Rechte, Verträge oder andere Mittel begründet wird, die einzeln oder zusammen die Möglichkeit gewähren einen bestimmenden Einfluss auf die Tätigkeit eines Unternehmens auszuüben.

3.1.1.2.2. Aktivitätskriterium

Bei den Unternehmen, die Teil des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens sind, muss es sich um Elektrizitäts- oder Gasunternehmen handeln. Die Definition hierzu findet sich in den RL 2009/72/EG und 2009/73/EG.

„Elektrizitätsunternehmen“ ist „eine natürliche oder juristische Person, die mindestens eine der Funktionen Erzeugung, Übertragung, Verteilung, Lieferung oder Kauf von Elektrizität wahrnimmt und die kommerzielle, technische und/oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen erfüllt, mit Ausnahme der Endkunden.“ (Art. 2 Nr. 35 RL 2009/72/EG)

„Erdgasunternehmen“ ist „eine natürliche oder juristische Person, die mindestens eine der Funktionen Gewinnung, Fernleitung, Verteilung, Lieferung, Kauf oder Speicherung von Erdgas, einschließlich verflüssigtem Erdgas, wahrnimmt und die kommerzielle, technische und/oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen erfüllt, mit Ausnahme der Endkunden.“ (Art 2 Nr. 1 RL 2009/73/EG)

Voraussetzung ist also, dass der Gruppe von Unternehmen eine Aufgabe innerhalb des Netzbereichs und eines wettbewerblichen Bereiches des Energiemarktes zukommt. Dabei ist es erforderlich, dass dem betreffenden Unternehmen die Verantwortung für das Wahrnehmen der Aufgabe zukommt. Neben der grundsätzlichen Funktion im Energiebereich muss zusätzlich noch die kommerzielle, technische und/oder wartungsbezogene Aufgabe, die in Zusammenhang mit einem der Bereiche steht, wahrgenommen werden.

3.1.1.2.3. Geographisches Kriterium

Für die Zugehörigkeit zum vertikal integrierten Unternehmensverbund kommt es darauf an, ob das Energieunternehmen oder eine Gruppe von verbundenen Energieunternehmen in der

Europäischen Union „tätig“ sind. Damit ist nicht der Sitz des Unternehmens, sondern seine Betätigung auf dem Markt innerhalb der Europäischen Union entscheidend.

3.1.2. Aufgabenbereich des Unabhängigen Transportnetzbetreibers

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat neben den Aufgaben nach Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 mindestens für folgende Bereiche verantwortlich zu sein:

die Vertretung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers gegenüber Dritten und der Regulierungsbehörde,

die Vertretung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers innerhalb des Europäischen Verbunds der Übertragungs- oder Fernleitungsnetzbetreiber,

die Erhebung aller transportnetzbezogenen Entgelte, einschließlich der Netzentgelte, sowie gegebenenfalls anfallender Entgelte für Hilfsdienste, insbesondere für Gasaufbereitung und die Beschaffung oder Bereitstellung von Ausgleichs- und Verlustenergie,

die Einrichtung und den Unterhalt solcher Einrichtungen, die üblicherweise für mehrere Teile des vertikal integrierten Unternehmens tätig waren, insbesondere eine eigene Rechtsabteilung und eigene Buchhaltung sowie die Betreuung der beim Unabhängigen Transportnetzbetreiber vorhandenen Informationstechnologie-Infrastruktur,

die Gründung von geeigneten Gemeinschaftsunternehmen, auch mit anderen Transportnetzbetreibern, mit Energiebörsen und anderen relevanten Akteuren, mit dem Ziel die Entwicklung von regionalen Strom- und Gasmärkten zu fördern, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten oder den Prozess der Liberalisierung der Energiemärkte zu erleichtern.“ (§ 10 Abs. 1 S. 2 EnWG)

Der UTB muss die Aufgaben eines TB eigenverantwortlich wahrnehmen. Diese Aufgaben sind insbesondere in Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 des EnWG benannt. Darüber hinaus hat der UTB für eine Reihe von Aufgaben gem. § 10 Abs. 1 S. 2 EnWG ausdrücklich verantwortlich zu sein. Mit der Verantwortlichkeit für die aufgeführten Bereiche soll sichergestellt werden, dass der UTB über eigene Mittel zur Durchführung der Aufgaben verfügen muss. Damit ist nicht gesagt, dass die Erbringung von Dienstleistungen durch Dritte in sämtlichen in § 10 Abs. 1 S. 2 EnWG aufgeführten Aufgabenbereichen pauschal ausgeschlossen wäre. Allerdings sind die komplette Fremdvergabe sowie der Einfluss des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens untersagt.

3.1.3. Rechtsform

„Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen haben den Unabhängigen Transportnetzbetreiber in einer der nach Artikel 1 der Richtlinie 2009/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 [...] zulässigen Rechtsformen zu organisieren.“ (§ 10 Abs. 2 S. 2 EnWG)

Für Deutschland sind damit die Aktiengesellschaft, die Kommanditgesellschaft auf Aktien und die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (jedoch nur mit einem einzurichtenden Aufsichtsrat (siehe unten, Abschnitt 3.3.1.) und bei strikter Beschränkung der Weisungs- und Auskunftsrechte der Gesellschafter) zugelassen. Die Societas Europaea (Europäische Gesellschaft) als Rechtsform für Aktiengesellschaften in der Europäischen Union dürfte nach Sinn und Zweck der Vorschrift ebenfalls bei dualistischer Struktur der Aufsichts- und Vertretungsorgane zulässig sein.

3.2. Vermögenswerte, Anlagen, Personalausstattung, Unternehmensidentität

UTB müssen über die erforderlichen Mittel verfügen (siehe folgenden Abschnitt 3.2.1.), Eigentum an den notwendigen Vermögenswerten innehaben (siehe folgenden Abschnitt 3.2.2.) und die erforderliche personelle Ausstattung besitzen (siehe folgenden Abschnitt 3.2.3.). Die Erbringung von Dienstleistungen vom und für das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen ist beschränkt (siehe folgenden Abschnitt 3.2.4.). Eine Verwechslung mit dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen muss ausgeschlossen werden (siehe folgenden Abschnitt 3.2.5.). Schließlich sollen sowohl die Informationstechnologie (siehe folgenden Abschnitt 3.2.6.) und Büro- und Geschäftsräume (siehe folgenden Abschnitt 3.2.7.) als auch die Rechnungslegung (siehe folgenden Abschnitt 3.2.8.) sowie die Rechtsabteilung (siehe oben, Abschnitt 3.1.2.) grundsätzlich vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen getrennt werden.

3.2.1. Gewährleistung der Mittel

„Unabhängige Transportnetzbetreiber müssen über die finanziellen, technischen, materiellen und personellen Mittel verfügen, die zur Erfüllung der Pflichten aus diesem Gesetz und für den Transportnetzbetrieb erforderlich sind.“ (§ 10a Abs. 1 S. 1 EnWG)

Die Vorschrift entspricht der aus § 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG für den ETB, sodass für den UTB grundsätzlich die gleichen Verpflichtungen gelten (siehe Abschnitt 2.4.).

3.2.2. Eigentum an Vermögenswerten

„Unabhängige Transportnetzbetreiber haben, unmittelbar oder vermittelt durch Beteiligungen, Eigentümer an allen für den Transportnetzbetrieb erforderlichen Vermögenswerten, einschließlich des Transportnetzes, zu sein.“ (§ 10a Abs. 1 S. 2 EnWG)

Die Verpflichtung des UTB, Eigentum an allen für den Transportnetzbetrieb erforderlichen Vermögenswerten innezuhaben, unterscheidet sich im Ergebnis nicht von der des ETB. Der Gesetzgeber hat in Umsetzung der Richtlinie beim UTB zwar den Begriff der „erforderlichen Vermögenswerte“ und nicht das Transportnetz selbst in den Mittelpunkt gestellt. Allerdings ist nicht feststellbar, dass damit tatsächlich ein Mehr im Vergleich zum ETB geregelt werden sollte. Zudem ist derzeit praktisch nicht erkennbar, welche zusätzlichen Vermögenswerte damit gemeint sein sollen.

Das Eigentum des UTB muss sich deshalb vor allem auf das Transportnetz erstrecken. Dazu zählen sämtliche Betriebsmittel, die direkt für den Betrieb des Transportnetzes erforderlich sind. Erforderlich ist dabei alles, was der UTB zur Erfüllung seiner Netzbetreiberpflichten benötigt (siehe Abschnitt 2.1.4.1.). Auch ist eine Verpachtung von Vermögensgegenständen des Transportnetzes durch einen anderen TB (nicht jedoch durch das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen) zulässig (siehe oben, Abschnitt 2.1.4.2.).

3.2.3. Eigenes Personal und Personalüberlassung

„Personal, das für den Betrieb des Transportnetzes erforderlich ist, darf nicht in anderen Gesellschaften des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens oder deren Tochtergesellschaften angestellt sein. Arbeitnehmerüberlassungen des Unabhängigen Transportnetzbetreibers an das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sowie des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens an den Unabhängigen Transportnetzbetreiber sind unzulässig.“ (§ 10a Abs. 2 EnWG)

Der UTB muss über die für den Betrieb des Netzes nötige personelle Ausstattung verfügen (§ 10a Abs. 1 S. 1) und darf diese Verpflichtung nicht dadurch erfüllen, dass ihm in Form einer Arbeitnehmerüberlassung seitens des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens Personal zur Verfügung gestellt wird. Auch darf der UTB dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen selbst keine Arbeitnehmer durch Überlassung zur Verfügung stellen. Die wechselseitige Personalüberlassung vom UTB sowie vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen ist ausweislich des Wortlauts ausgeschlossen.

Grundsätzlich ist auch ein „schlanker“ UTB denkbar, wobei die für den Transportnetzbetrieb erforderlichen Aufgaben von externen Dritten durchgeführt werden und die beim UTB angestellten Personen lediglich die Überwachung und Koordinierung der externen Dienstleister

übernehmen. Denkbar ist auch eine Arbeitnehmerüberlassung durch Dritte, die nicht zum vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder dessen Tochtergesellschaften zählen. Die beim UTB angestellten Personen müssen jedoch auch tatsächlich in der Lage sein, die wesentlichen Aufgaben des UTB zu erfüllen bzw. die Erfüllung dieser Aufgaben zu überwachen. Entscheidend ist zudem, dass das für den Transportnetzbetrieb erforderliche Personal nicht dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder dessen Tochterunternehmen angehört.

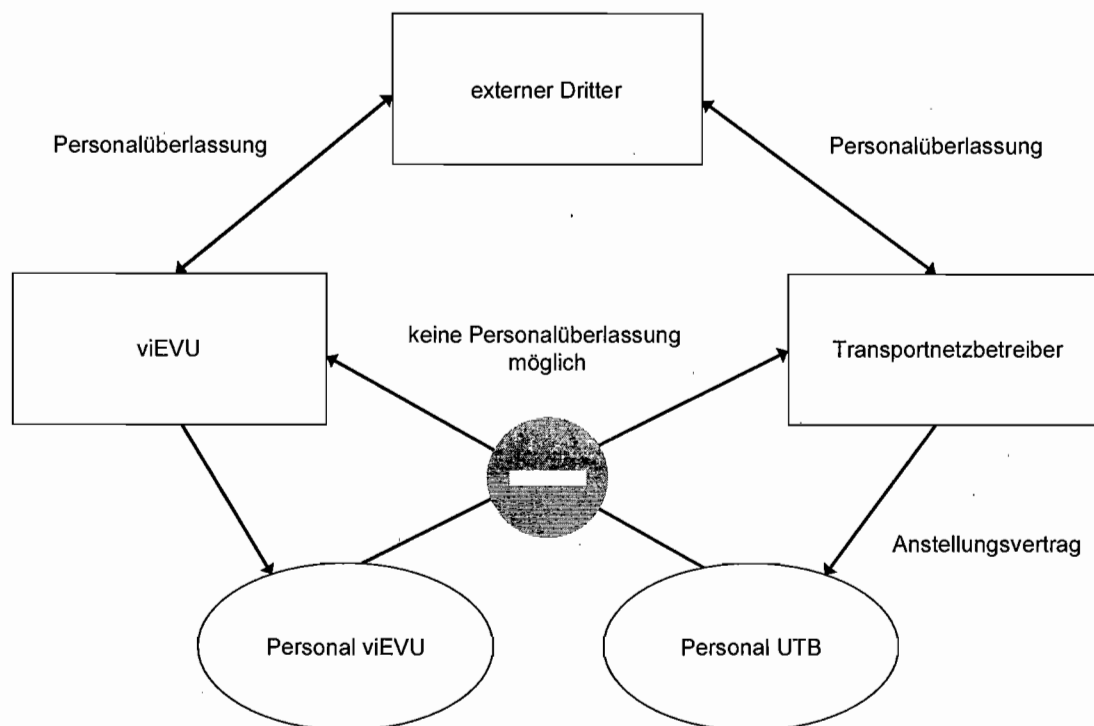


Abbildung 6: Verbot der Personalüberlassung

3.2.4. Erbringung von Dienstleistungen

„Das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen oder eines seiner Tochterunternehmen hat die Erbringung von Dienstleistungen durch eigene oder in seinem Auftrag handelnde Personen für den Unabhängigen Transportnetzbetreiber zu unterlassen.

Die Erbringung von Dienstleistungen für das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen durch den Unabhängigen Transportnetzbetreiber ist nur zulässig,

soweit

1. die Dienstleistungen grundsätzlich für alle Nutzer des Transportnetzes diskriminierungsfrei zugänglich und der Wettbewerb in den Bereichen Erzeugung, Gewinnung und Lieferung weder eingeschränkt, verzerrt oder unterbunden wird,
2. die vertraglichen Bedingungen für die Erbringung der Dienstleistung durch den Unabhängigen Transportnetzbetreiber für das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen der Regulierungsbehörde vorgelegt und von dieser geprüft wurden und
3. die Dienstleistungen weder die Abrechnung erbrachter Dienstleistungen gegenüber dem Kunden für das vertikal integrierte Unternehmen im Bereich der Funktionen Erzeugung, Gewinnung, Verteilung, Lieferung von Elektrizität oder Erdgas oder Speicherung von Erdgas noch andere Dienstleistungen umfasst, deren Wahrnehmung durch den Unabhängigen Transportnetzbetreiber geeignet ist, Wettbewerber des vertikal integrierten Unternehmens zu diskriminieren.“ (§ 10a Abs. 3 EnWG)

Die Erbringung von Dienstleistungen für den TB durch das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen ist unzulässig. Dabei ist es unerheblich, um welche Art von Dienstleistungen es sich handelt und ob die Dienstleistung durch das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen direkt, durch dessen Tochterunternehmen oder durch vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen beauftragte Dritte erfolgt. Der Begriff der Dienstleistung ist weiter zu ziehen als der des BGB.

Grundsätzlich zulässig ist allerdings, dass der UTB dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen gegenüber Dienstleistungen erbringt. Das setzt voraus, dass der UTB diese Dienstleistung diskriminierungsfrei für alle Netznutzer anbietet und der entsprechende Vertrag von der Bundesnetzagentur geprüft wurde. Bestimmte Dienstleistungen, die geeignet sind, Wettbewerber des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens zu diskriminieren (z.B. Abrechnungsleistungen) sind nach § 10a Abs. 3 Nr. 1 bis 3 EnWG davon ausgeschlossen. Nach diesen Maßgaben und stets ausgehend vom UTB ist dann künftig auch die Zulässigkeit von Shared Service-Gesellschaften zu beurteilen. Der UTB darf gegenüber dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und weiteren Netznutzern nur als externer Dienstleister und nicht im Rahmen eines „unternehmensinternen outsourcing“ von Dienstleistungen auftreten. Weiterhin sind sonstige gesetzliche Beschränkungen für die Erbringung solcher Dienstleistungen zu beachten.

Die Erbringung von Dienstleistungen durch ein Gemeinschaftsunternehmen, z.B. um gemeinsam mit und für andere TB Dienstleistungen zu erbringen, ist auf der Grundlage von § 10 Abs. 1 Nr. 5 EnWG grundsätzlich zulässig. Hierunter dürfte insbesondere die Kooperation der TB im Gasbereich zur Erbringung von Bilanzierungsdienstleistungen durch Marktgebietsverantwortliche fallen. Mehrere TB können folglich eine Gesellschaft gründen, die für sie Dienstleistungen erbringt. Dabei ist zu beachten, dass der UTB keine Dienstleistungen vom

vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder eines seiner Tochterunternehmen einkaufen darf.

3.2.5. Unternehmensidentität

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat sicherzustellen, dass hinsichtlich seiner Firma, seiner Kommunikation mit Dritten sowie seiner Markenpolitik und Geschäftsräume eine Verwechslung mit dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder einem seiner Tochterunternehmen ausgeschlossen ist.“ (§ 10a Abs. 4 EnWG)

Die Außenkommunikation des UTB ist von der des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens zu trennen, um die Unabhängigkeit des UTB zu stärken und eine Verwechslungsgefahr auszuschließen.

Eine die Verwechslungsgefahr begründende Ähnlichkeit liegt insbesondere dann vor, wenn ein objektiver Beobachter annehmen könnte, dass die Dienstleistungen (z.B. Transport- und Vertriebsdienstleistung) von einem wirtschaftlich verbundenen Unternehmen angeboten werden. Eine Ergänzung der Marke des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens um einen Zusatz („Netz“ o.ä.) wird daher nicht ausreichend sein, um eine solche Verwechslungsgefahr auszuschließen.

3.2.6. Trennung von Informationstechnologie

„Unabhängige Transportnetzbetreiber müssen die gemeinsame Nutzung von Anwendungssystemen der Informationstechnologie mit dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen unterlassen, soweit diese Anwendungen der Informationstechnologie auf die unternehmerischen Besonderheiten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers oder des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens angepasst wurden.“ (§ 10a Abs. 5 S. 1 EnWG)

„Unabhängige Transportnetzbetreiber haben die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur der Informationstechnologie mit anderen Teilen des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens zu unterlassen,

es sei denn, die Infrastruktur

1. befindet sich außerhalb der Geschäftsräume des Unabhängigen Transportnetzbetreibers und des vertikal integrierten Unternehmens und
2. wird von Dritten zur Verfügung gestellt und betrieben.“ (§ 10a Abs. 5 S. 2 EnWG)

„Unabhängige Transportnetzbetreiber und vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen haben sicherzustellen, dass sie in Bezug auf Anwendungssysteme der Informations-

technologie, die sich in Geschäfts- oder Büroräumen des Unabhängigen Transportnetzbetreibers oder des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens befindet, nicht mit denselben Beratern oder externen Auftragnehmern zusammenarbeiten.“ (§ 10a Abs. 5 S. 3 EnWG)

Die Vorschrift unterscheidet zwischen IT Infrastruktur (Hardware) und Anwendungssystemen der Informationstechnologie (Software).

Nach § 10a Abs. 5 S. 1 EnWG ist die gemeinsame Nutzung von IT-Anwendungssystemen untersagt, wenn diese auf die Besonderheiten entweder des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens oder des TB angepasst wurden. Mit Anwendungssystemen der IT sind die auf der Hardware installierten Softwareprogramme gemeint. Die gemeinsame Nutzung von Standardprogrammen (z.B. MS Word) ist weiterhin uneingeschränkt möglich. Ebenso ist die gemeinsame Nutzung solcher branchenspezifischer Standardprogramme möglich, die sich zwar unternehmensindividuell anpassen lassen, diese Anpassung jedoch bei der gemeinsamen Nutzung noch nicht erfolgt ist, sondern erst später separat für UTB und/oder dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen erfolgt.

Die Vorschrift des § 10a Abs. 5 S. 2 EnWG sieht das grundsätzliche Verbot der gemeinsamen Nutzung von IT-Infrastruktur vor. Eine Ausnahme ist möglich, wenn die IT-Infrastruktur von Dritten angeboten wird und weder die Mitarbeiter des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens noch die des UTB direkten Zugriff auf die Hardware haben. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn beide Unternehmen die Nutzung der IT-Hardware als Dienstleistung bei einem Dritten einkaufen (sog. Outsourcing), der nicht Teil des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens ist. Auch sind marktübliche Leasinggeschäfte mit Dritten zulässig.

Nach § 10a Abs. 5 S. 3 EnWG ist es UTB und vertikal integriertem Energieversorgungsunternehmen untersagt, im IT-Bereich mit denselben externen Auftraggebern/Beratern zusammenzuarbeiten. Dabei wird nicht auf die juristische, sondern auf die natürliche Person abgestellt. Eine Zusammenarbeit mit demselben IT-Unternehmen bleibt also möglich, solange es sich bei den beratenden Personen nicht um dieselben natürlichen Personen handelt.

3.2.7. Räumliche Trennung

„Unabhängiger Transportnetzbetreiber und andere Teile des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens haben die gemeinsame Nutzung von Büro- und Geschäftsräumen, einschließlich der gemeinsamen Nutzung von Zugangskontrollsystemen, zu unterlassen.“ (§ 10a Abs. 6 EnWG)

Der UTB muss über eigene Büro- und Geschäftsräume und ein eigenes Zugangskontrollsystem verfügen. D.h. sowohl die Adresse als auch der Eingang zu den Büro- und Geschäfts-

räumen müssen vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen getrennt sein. Allerdings darf der TB die Räumlichkeiten weiterhin zu marktüblichen Konditionen vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen mieten / pachten.

Ein Dritter, der gemeinsame Dienstleistungen für den UTB und das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen erbringt, muss eine operative und informatorische Trennung der Dienstleistungserbringung sicherstellen (sog. „Chinese Walls“).

3.2.8. Rechnungslegung

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat die Rechnungslegung von anderen Abschlussprüfern als denen prüfen zu lassen, die die Rechnungsprüfung beim vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder einem seiner Teile durchführen. Der Abschlussprüfer des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens kann Einsicht in Teile der Bücher des Unabhängigen Transportnetzbetreibers nehmen, soweit dies zur Erteilung des Konzernbestätigungsvermerks im Rahmen der Vollkonsolidierung des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens erforderlich ist. Der Abschlussprüfer ist verpflichtet, aus der Einsicht in die Bücher des Unabhängigen Transportnetzbetreibers gewonnene Erkenntnisse und wirtschaftlich sensible Informationen vertraulich zu behandeln und sie insbesondere nicht dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen mitzuteilen.“ (§ 10a Abs. 7 EnWG)

Die Prüfung der Rechnungslegung des UTB hat durch andere Wirtschaftsprüfer als die des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens oder eines seiner Tochterunternehmen zu erfolgen. Die Regelung bezieht sich auf die natürliche Person eines einzelnen Wirtschaftsprüfers, nicht jedoch auf die jeweilige Prüfungsgesellschaft (juristische Person).

Die Vollkonsolidierung des UTB soll weiterhin möglich sein. Daher ist es notwendig, dass auch der Konzernabschlussprüfer Einblick in die Bücher des gesamten Konzerns und damit auch des UTB erhält (vgl. § 317 Abs. 3 HGB).

3.3. Rechte und Pflichten im vertikal integrierten Unternehmen

Der UTB hat wirksame Entscheidungsbefugnisse in wesentlichen Fragen zu besitzen. Seine Unabhängigkeit muss in Struktur und Satzung gewährleistet sein. Es muss gewährleistet sein, dass der UTB jederzeit über die erforderlichen Mittel verfügt und seine Vereinbarungen mit dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen marktüblich ausgestaltet sind. Schließlich ist die Haftung der Organe des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens für Angelegenheiten des UTB beschränkt.

3.3.1. Gewährleistung wirksamer Entscheidungsbefugnisse

„Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen müssen gewährleisten, dass Unabhängige Transportnetzbetreiber wirksame Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf die für den Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Netzes erforderlichen Vermögenswerte des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens besitzen und diese im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes unabhängig von der Leitung und den anderen betrieblichen Einrichtungen des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens ausüben können. Unabhängige Transportnetzbetreiber müssen insbesondere die Befugnis haben, sich zusätzliche Finanzmittel auf dem Kapitalmarkt durch Aufnahme von Darlehen oder durch eine Kapitalerhöhung zu beschaffen. Satz 1 und 2 gelten unbeschadet der Entscheidungen des Aufsichtsrates nach § 10d.“ (§ 10b Abs. 1 EnWG)

Der §10b Abs. 1 EnWG richtet sich an das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen. Dieses hat laut Vorschrift dafür Sorge zu tragen, dass der UTB in den für den Betrieb und den Ausbau relevanten Bereichen die wirksamen Entscheidungsbefugnisse inne hat. Dies bezieht sich insbesondere auf alle erforderlichen Vermögenswerte (siehe oben, Abschnitt 3.2.2.). Zudem ist ausdrücklich vorgesehen, dass der UTB sich weitere Finanzmittel (z.B. durch die Ausgabe von Anleihen) am Kapitalmarkt beschaffen können soll. Dieses darf nicht durch bestimmte Regelungen innerhalb des Konzerns eingeschränkt werden. Zudem darf das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen auf diese Möglichkeit keinen Einfluss nehmen.

3.3.2. Unabhängigkeit des Transportnetzbetreibers

„Struktur und Satzung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers haben die Unabhängigkeit des Transportnetzbetreibers vom vertikal integrierten Unternehmen im Sinne der §§ 10 bis 10e sicherzustellen. Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen haben jegliche unmittelbare oder mittelbare Einflussnahme auf das laufende Geschäft des Unabhängigen Transportnetzbetreibers oder den Netzbetrieb zu unterlassen; sie unterlassen ebenfalls jede unmittelbare oder mittelbare Einflussnahme auf notwendige Tätigkeiten zur Erstellung des zehnjährigen Netzentwicklungsplans nach §§ 12a bis 12f oder § 15a durch den Unabhängigen Transportnetzbetreiber.“ (§ 10b Abs. 2 EnWG)

Der § 10b Abs. 2 EnWG spezifiziert die bereits in Abs. 1 geforderte Unabhängigkeit des UTB und untersagt dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen die Beeinflussung des UTB in Bezug auf das laufende Geschäft und insbesondere auf den im zehnjährigen Netzentwicklungsplan festgelegten Netzausbau.

Der UTB muss bereits durch die Organisation seiner Gesellschaft, also durch die Struktur bzw. die Satzung sicherstellen, dass er in seinen Entscheidungen und Aktivitäten von anderen Aktivitäten des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens unabhängig ist. Das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen darf außerdem keine Einflussnahmen auf das Tagesgeschäft des UTB nehmen. Dies gilt insbesondere für die Erstellung des zehnjährigen Netzentwicklungsplans. Der UTB soll seine Entscheidungen im Tagesgeschäft und bei der Aufstellung des Netzentwicklungsplans in Abhängigkeit der Markterfordernisse und ggf. der Versorgungssicherheit treffen und nicht durch (z.B. Vertriebs-) Interessen des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens beeinflusst werden. Ein klassischer gesellschaftsrechtlicher Beherrschungsvertrag, der dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen herkömmliche – und in anderen Bereichen übliche – Eingriffsbefugnisse in die Unternehmensleitung des UTB ermöglicht, ist vor diesem Hintergrund, ebenso wie sonstige einem Beherrschungsvertrag vergleichbare vertragliche Konstruktionen, nicht zulässig. Der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrages im Sinne des § 291 Abs. 1 AktG zwischen UTB und vertikal integriertem Energieversorgungsunternehmen ist grundsätzlich weiterhin zulässig.

3.3.3. Tochterunternehmen

„Tochterunternehmen des vertikal integrierten Unternehmens, die die Funktionen Erzeugung, Gewinnung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen, dürfen weder direkt noch indirekt Anteile am Transportnetzbetreiber halten. Der Transportnetzbetreiber darf weder direkt noch indirekt Anteile an Tochterunternehmen des vertikal integrierten Unternehmens, die die Funktionen [...] wahrnehmen, halten noch Dividenden oder andere finanzielle Zuwendungen von diesen Tochterunternehmen erhalten.“ (§ 10b Abs. 3 EnWG)

Die indirekte Beeinflussung des TB durch Beteiligung an oder von dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder dessen Tochterunternehmen und das damit einhergehende Interesse an dem wirtschaftlichen Erfolg dieser Gesellschaften, soll durch diese Vorschrift verhindert werden. Dem Antrag sind daher alle Beteiligungen des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens und dessen Tochtergesellschaften sowie alle Beteiligungen und die Anteilseignerstruktur des UTB beizufügen. Weiterhin ist mit dem Antrag auf Zertifizierung durch verbindliche Erklärung des UTB nachzuweisen, dass der UTB nicht durch Verträge oder sonstige Vereinbarungen indirekt am Erfolg von Tochterunternehmen des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens partizipiert.

Die Vorschrift hat einen großen Einfluss auf die Struktur innerhalb des Konzerns. Grundsätzlich ist eine Ansiedlung des UTB als direkte Tochter der Konzernmutter unkritisch.

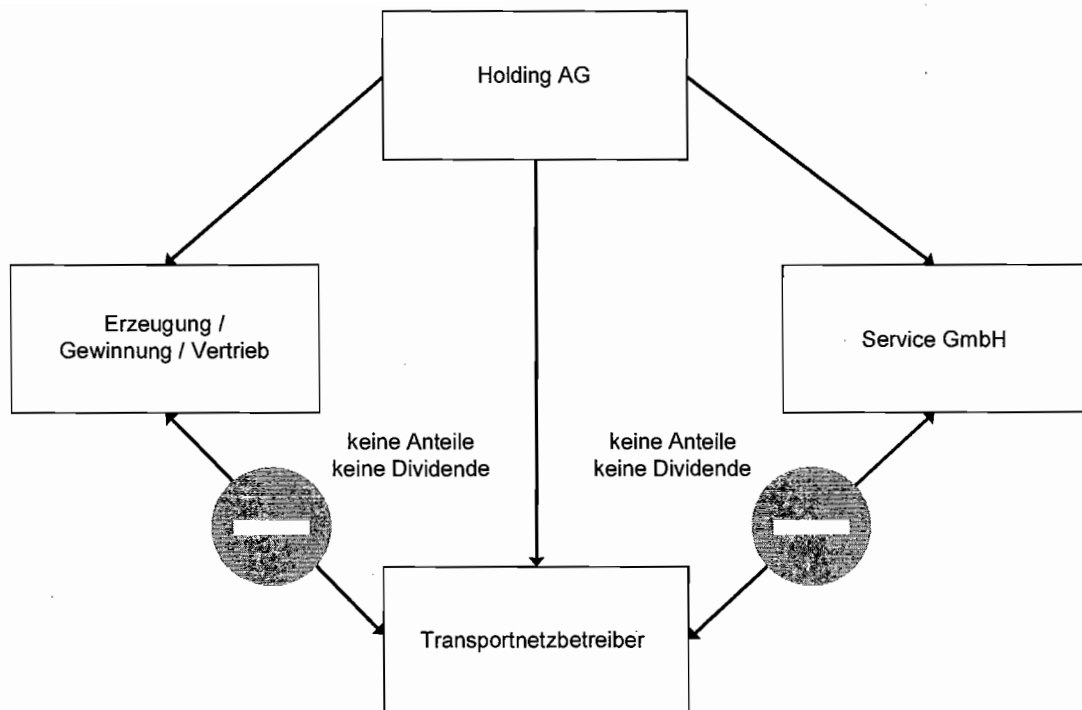


Abbildung 7: TB als direkte Tochter der Konzernmutter - Ausschluss der finanziellen Beziehungen zu anderen Tochterunternehmen

Eine Struktur, in der der UTB nicht direkt Tochter der Konzernmutter ist, ist auch weiterhin möglich und soll in folgenden zwei Grafiken dargestellt werden.

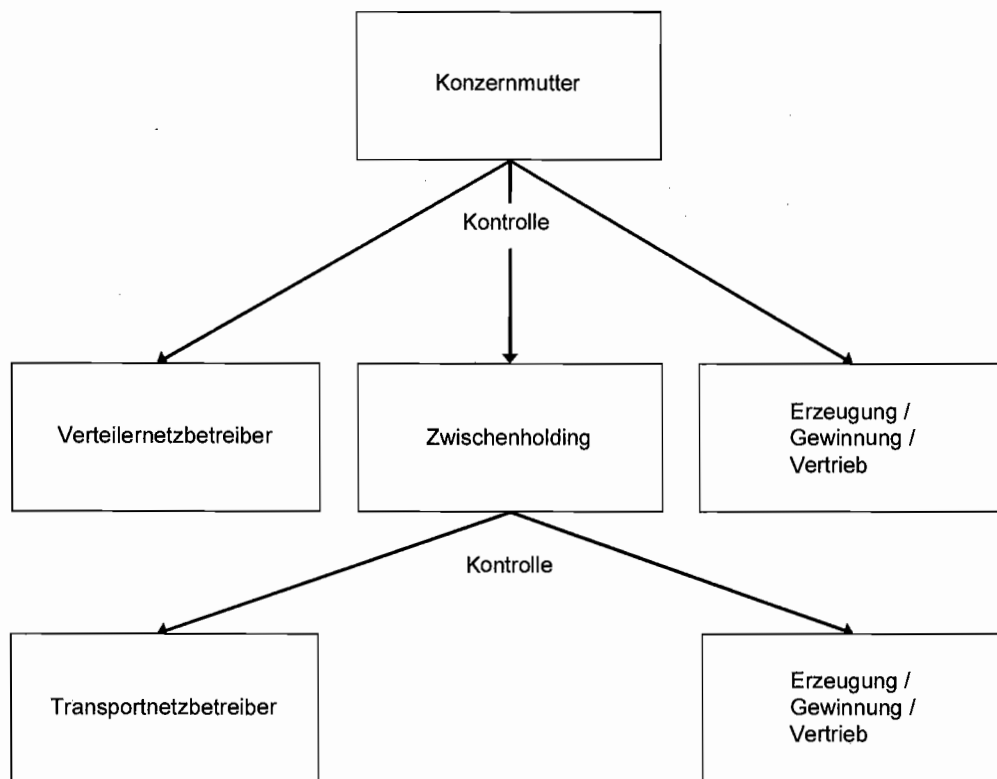


Abbildung 8: UTB als Tochter einer Zwischenholding

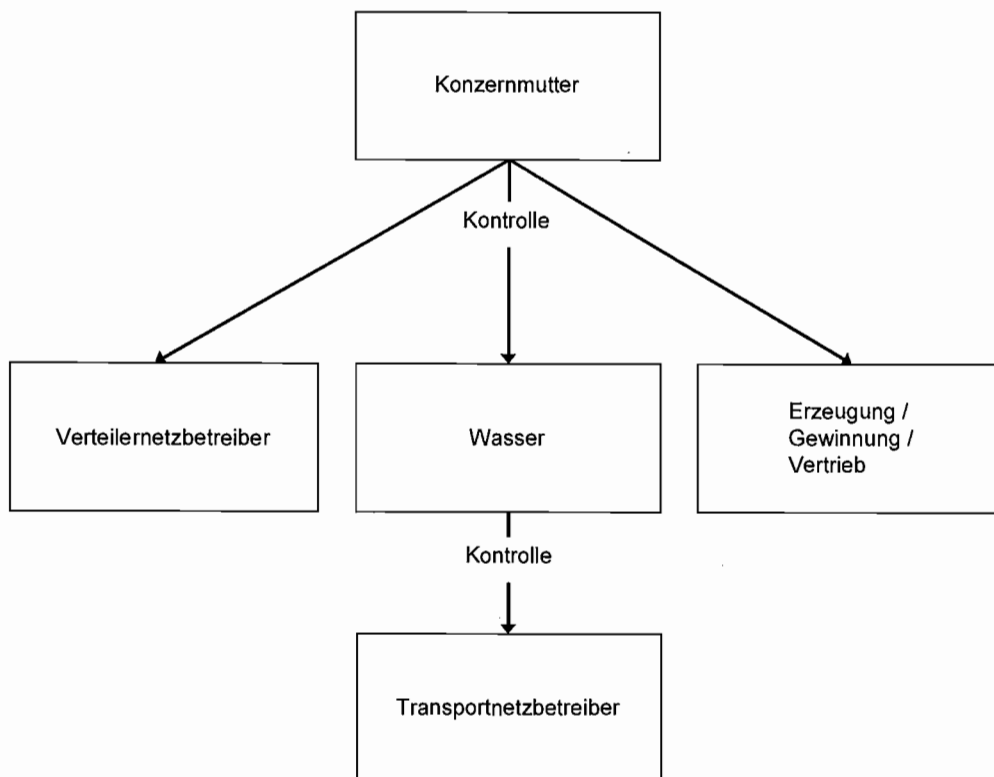


Abbildung 9: UTB als Tochter einer Wasser Gesellschaft

Dabei gilt die Prämisse, dass eine Tochtergesellschaft nur dann als Anteilseigner an einem UTB in Frage kommt, wenn bei ihr keine Funktionen der Erzeugung, Gewinnung oder Vertrieb wahrgenommen werden.

Dies bedeutet, dass auf dem Entscheidungsweg von der Konzernmutter zum UTB in keiner weiteren Gesellschaft o.g. Funktionen wahrgenommen werden dürfen. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, wenn die Gesellschaft, die Kontrolle über den UTB ausübt, auch Fachabteilungen vorhält, die Funktionen der Erzeugung, Gewinnung oder Vertrieb wahrnehmen.

3.3.4. Gewährleistung der Mittel

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat zu gewährleisten, dass er jederzeit über die notwendigen Mittel für die Errichtung, den Betrieb und den Erhalt eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Transportnetzes verfügt.“ (§ 10b Abs. 4 EnWG)

Der UTB muss insbesondere in geeigneter Weise und überzeugend darlegen, dass der ihm vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen vorgegebene finanzielle Rahmen ausreichend ist, um den Betrieb und Erhalt des Netzes aufrecht zu erhalten. Der finanzielle Rahmen muss auch finanzielle Mittel für Neuinvestitionen ermöglichen. Insbesondere solche,

die sich aus gesetzlichen Anschlussverpflichtungen oder dem Netzentwicklungsplan ergeben. Des Weiteren muss sichergestellt sein, dass er die Befugnis hat, innerhalb des ihm vorgegebenen Rahmens eigenständig auf dem Kapitalmarkt neue Finanzmittel, die für das Alltagsgeschäft nötig sind, zu akquirieren.

3.3.5. Marktüblichkeit der Vereinbarungen zwischen Transportnetzbetreiber und Unternehmen

„Das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen und der Unabhängige Transportnetzbetreiber haben bei zwischen ihnen bestehenden kommerziellen und finanziellen Beziehungen, einschließlich der Gewährung von Krediten an das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen durch den Unabhängigen Transportnetzbetreiber, marktübliche Bedingungen einzuhalten. Der Transportnetzbetreiber hat alle kommerziellen oder finanziellen Vereinbarungen mit dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen der Regulierungsbehörde in der Zertifizierung zur Genehmigung vorzulegen. Die Befugnisse der Behörde zur Überprüfung der Pflichten aus Teil 3 Abschnitt 3 bleiben unberührt. Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat diese kommerziellen und finanziellen Beziehungen mit dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen umfassend zu dokumentieren und die Dokumentation der Regulierungsbehörde auf Verlangen zur Verfügung zu stellen.“ (§ 10b Abs. 5 EnWG)

Diese Regelung stellt klar, dass finanzielle Beziehungen zwischen dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und dem UTB nicht per se ausgeschlossen sind. Kommen diese Beziehungen auch in Zukunft zur Anwendung, müssen dabei allerdings marktübliche Bedingungen eingehalten werden. Das sog. „Cash-Pooling“ ist daher zwar weiterhin möglich. Durch das Cash-Pooling dürfen aber dem vertikal integrierten Unternehmen im Vergleich zu einer marktüblichen Fremdfinanzierung keine marktunüblichen Vorteile und dem UTB keine Nachteile entstehen. Die Vereinbarungen dürfen insbesondere nicht dazu führen, dass dem UTB bei der eigenständigen Akquise von Fremdkapital ein ökonomischer Nachteil entsteht.

3.4. Unabhängigkeit des Personals und der Unternehmensleitung

Der §10c EnWG regelt die Unabhängigkeit des Personals des UTB vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen. Die gesetzlichen Verpflichtungen richten sich an vier verschiedene Adressatengruppen:

- Zur „obersten Unternehmensleitung“ gehören Vorstand, Geschäftsführung oder ein Gesellschaftsorgan mit vergleichbaren Aufgaben und Befugnissen (§ 3 Nr. 29b EnWG).

- Die „Unternehmensleitung“ umfasst die oberste Unternehmensleitung sowie Personen, die mit Leitungsaufgaben für den TB betraut sind und auf Grund eines Übertragungsaktes, dessen Eintragung im Handelsregister oder einem vergleichbaren Register eines Mitgliedstaates der Europäischen Union gesetzlich vorgesehen ist, berechtigt sind, den TB gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten (§ 3 Nr. 33a EnWG), z.B. Prokuristen oder Generalbevollmächtigte.
- Personen, die direkt der obersten Unternehmensleitung unterstellt sind, sind üblicherweise Personen der „zweiten Führungsebene“, die in der Regel einzelne Geschäftsbereiche verantworten (z.B. Abteilungsleiter, Hauptbereichsleiter etc.).
- Sonstige Beschäftigte sind alle anderen Personen, die für den UTB tätig sind und eine Festanstellung bei diesem haben.

3.4.1. Mitteilung über Personal in der obersten Unternehmensleitung und Einwände der Bundesnetzagentur

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat der Regulierungsbehörde die Namen der Personen, die vom Aufsichtsrat als oberste Unternehmensleitung des Transportnetzbetreibers ernannt oder bestätigt werden, sowie die Regelungen hinsichtlich der Funktion, für die diese Personen vorgesehen sind, die Laufzeit der Verträge mit diesen Personen, die jeweiligen Vertragsbedingungen sowie eine eventuelle Beendigung der Verträge mit diesen Personen unverzüglich mitzuteilen. Im Falle einer Vertragsbeendigung hat der Unabhängige Transportnetzbetreiber der Regulierungsbehörde die Gründe, aus denen die Vertragsbeendigung vorgesehen ist, vor der Entscheidung mitzuteilen. Entscheidungen und Regelungen nach Satz 1 werden erst verbindlich, wenn die Regulierungsbehörde innerhalb von drei Wochen nach Zugang der Mitteilung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers keine Einwände gegen die Entscheidung erhebt. Die Regulierungsbehörde kann ihre Einwände gegen die Entscheidung nur darauf stützen, dass Zweifel bestehen an:

1. der beruflichen Unabhängigkeit einer ernannten Person der obersten Unternehmensleitung oder
2. der Berechtigung einer vorzeitigen Vertragsbeendigung.“ (§ 10c Abs. 1 EnWG)

Die Personen, die vom Aufsichtsrat des UTB als oberste Unternehmensleitung ernannt oder bestätigt werden, bedürfen der Zustimmung durch die Bundesnetzagentur. Wobei die Zustimmung als erteilt gilt, wenn nach Vorlage aller Informationen über die Personen der obersten Unternehmensleitung innerhalb von drei Wochen keine Einwände erhoben werden. Insofern ergibt sich ein deutlicher qualitativer Unterschied der Einwirkungsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur bei Personen der obersten Unternehmensleitung gegenüber anderen

Führungskräften. Während eine u.U. fehlerhafte Besetzung in der Unternehmensleitung und bei den der obersten Unternehmensleitung direkt unterstellten Personen lediglich Zweifel an der Zertifizierungsfähigkeit begründen, dürften sowohl die zivilrechtlichen Anstellungsverträge als auch die entsprechenden gesellschaftsrechtlichen Akte betreffend die Ernennung bzw. Bestätigung der obersten Unternehmensleitung vor dem Ablauf der Einwendungsfrist der Bundesnetzagentur schwebend unwirksam sein („werden erst verbindlich“, § 10c Abs. 1 S. 3 EnWG). Läuft die Frist ohne Einwände der Bundesnetzagentur ab, werden diese rückwirkend (ex tunc) wirksam.

3.4.2. Vorgaben zur Einstellung („Cooling On“)

„Die Mehrheit der Angehörigen der Unternehmensleitung des Transportnetzbetreibers darf in den letzten drei Jahren vor einer Ernennung nicht bei einem Unternehmen des vertikal integrierten Unternehmens, das im Elektrizitätsbereich eine der Funktionen Erzeugung, Verteilung, Lieferung oder Kauf von Elektrizität und im Erdgasbereich eine der Funktionen Gewinnung, Verteilung, Lieferung, Kauf oder Speicherung von Erdgas wahrnimmt oder kommerzielle, technische oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen erfüllt, oder einem Mehrheitsanteilseigner dieser Unternehmen angestellt gewesen sein oder Interessen- oder Geschäftsbeziehungen zu einem dieser Unternehmen unterhalten haben. Die verbleibenden Angehörigen der Unternehmensleitung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers dürfen in den letzten sechs Monaten vor einer Ernennung keine Aufgaben der Unternehmensleitung oder mit der Aufgabe beim Unabhängigen Transportnetzbetreiber vergleichbaren Aufgabe bei einem Unternehmen des vertikal integrierten Unternehmens, das im Elektrizitätsbereich eine der Funktionen Erzeugung, Verteilung, Lieferung oder Kauf von Elektrizität und im Erdgasbereich eine der Funktionen Gewinnung, Verteilung, Lieferung, Kauf oder Speicherung von Erdgas wahrnimmt oder kommerzielle, technische oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen erfüllt, oder einem Mehrheitsanteilseigner dieser Unternehmen wahrgenommen haben. Die Sätze 1 und 2 finden auf Ernennungen, die vor dem 3. März 2012 wirksam geworden sind, keine Anwendung.“ (§ 10c Abs. 2 EnWG)

Bei der Regelung handelt es sich um die sog. „Cooling On“-Perioden, die gewährleisten sollen, dass ein Wechsel von Personen innerhalb des Konzerns grundsätzlich möglich bleibt. Allerdings soll das Diskriminierungspotential, das mit einem solchen internen Wechsel einhergeht, minimiert werden. Für die beschriebenen „Cooling On“-Perioden gilt der Stichtag 03.03.2012. Die Vorgabe des § 10c Abs. 2 S. 1 gilt auch für Personen, die der obersten Unternehmensleitung unmittelbar unterstellt und für Betrieb, Wartung oder Entwicklung des Netzes verantwortlich sind (§ 10c Abs. 6 EnWG). Die Vorgaben sind durch entsprechende

arbeitsrechtliche Gestaltungen sowohl beim UTB als auch beim vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbindlich umzusetzen. Weiterhin gilt diese Beschränkung auch für Externe, die in die Unternehmensleitung des UTB wechseln möchten, wenn sie zuvor Interessens- oder Geschäftsbeziehungen zum vertikal integrierten Unternehmen oder dessen Mehrheitsanteilseignern unterhalten haben.

3.4.3. Vorgang nach Beendigung („Cooling Off“)

„Personen der Unternehmensleitung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers dürfen nach Beendigung des Vertragsverhältnisses zum Unabhängigen Transportnetzbetreiber für vier Jahre nicht bei anderen Unternehmen des vertikal integrierten Unternehmens, die im Elektrizitätsbereich eine der Funktionen Erzeugung, Verteilung, Lieferung oder Kauf von Elektrizität und im Erdgasbereich eine der Funktionen Gewinnung, Verteilung, Lieferung, Kauf oder Speicherung von Erdgas wahrnehmen oder kommerzielle, technische oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen erfüllen, oder bei Mehrheitsanteilseignern dieser Unternehmen des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens angestellt sein oder Interessens- oder Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen oder deren Mehrheitsanteilseignern unterhalten, es sei denn, das Vertragsverhältnis zum Unabhängigen Transportnetzbetreiber wurde vor dem 3. März 2012 beendet.“ (§ 10b Abs. 5 EnWG)

Der § 10b Abs. 5 EnWG stellt das Pendant zum Absatz 2 dar und regelt die „Cooling Off“-Perioden der Personen der Unternehmensleitung. Diese Vorgabe gilt auch für Personen, die der obersten Unternehmensleitung unmittelbar unterstellt und für Betrieb, Wartung oder Entwicklung des Netzes verantwortlich sind (§ 10c Abs. 6 EnWG). Auch diese Vorgaben sind durch entsprechende arbeitsrechtliche Gestaltungen sowohl beim UTB als auch beim vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbindlich umzusetzen. Weiterhin gilt diese Beschränkung auch für Interessens- oder Geschäftsbeziehungen, die ehemalige Mitglieder der Unternehmensleitung des UTB, beispielsweise nach ihrem Ausscheiden aus der Unternehmensleitung als externe Berater, gegenüber dem vertikal integrierten Unternehmen oder deren Mehrheitsanteilseignern erbringen möchten.

3.4.4. Gewährleistung der Unabhängigkeit

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat sicherzustellen, dass seine Unternehmensleitung und seine Beschäftigten weder beim vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder einem seiner Teile, außer dem Unabhängigen Transportnetzbetreiber, angestellt sind noch Interessens- oder Geschäftsbeziehungen zum vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder einem dieser Teile unterhalten. Satz 1 umfasst nicht die zu markt-

üblichen Bedingungen erfolgende Belieferung von Energie für den privaten Verbrauch.“
(§ 10c Abs. 3 EnWG)

Der UTB hat zu belegen, dass alle bei ihm beschäftigten Personen nicht beim vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder einem seiner Teile angestellt sind, noch sonstige Interessen- oder Geschäftsbeziehungen zu dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen unterhalten. Dies gilt insbesondere für Dienstleistungen wie beispielsweise Beratungsleistungen. Durch die Ausnahme in Satz 2, der die Belieferung von Energie für den privaten Verbrauch zulässt, wird gewährleistet, dass auch die Beschäftigten und die Unternehmensleitung des UTB von den Vorteilen der Liberalisierung der Energiemärkte profitieren können. Allerdings gilt, dass eine solche Belieferung nicht zu vergünstigten Konditionen, sondern auf Grundlage marktüblicher Bedingungen erfolgen muss. Diese Vorgabe gilt auch für Personen, die der obersten Unternehmensleitung unmittelbar unterstellt und für Betrieb, Wartung oder Entwicklung des Netzes verantwortlich sind (§ 10c Abs. 6 EnWG).

3.4.5. Erwerb von Anteilen am vertikal integrierten Unternehmen

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber und das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen haben zu gewährleisten, dass Personen der Unternehmensleitung und die übrigen Beschäftigten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers nach dem 3. März 2012 keine Anteile des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens oder eines seiner Unternehmensteile erwerben, es sei denn, es handelt sich um Anteile des Unabhängigen Transportnetzbetreibers. Personen der Unternehmensleitung haben Anteile des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens oder eines seiner Unternehmensteile, die vor dem 3. März 2012 erworben wurden, bis zum 31. März 2016 zu veräußern. Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat zu gewährleisten, dass die Vergütung von Personen, die der Unternehmensleitung angehören, nicht vom wirtschaftlichen Erfolg, insbesondere dem Betriebsergebnis, des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens oder eines seiner Tochterunternehmen, mit Ausnahme des Unabhängigen Transportnetzbetreibers, abhängig ist.“ (§ 10c Abs. 4 EnWG)

Durch die Regelung des § 10c Abs. 4 EnWG wird ausgeschlossen, dass die Unternehmensleitung und die Beschäftigten des UTB Anteile (z.B. Aktien) an dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder an dessen Tochterunternehmen halten oder zukünftig erwerben. Die Vorschrift bezieht sich hierbei nicht nur auf Anteile im engeren Sinne, sondern auch auf finanzielle Instrumente, die in vergleichbarer Weise die Unabhängigkeit von Unternehmensleitung und Beschäftigten gefährden, wie etwa Aktienoptionen. Von der Regelung ausgenommen sind Anteile am TB selbst. Für die Beschäftigten des UTB gilt hierfür der Stichtag 03.03.2012. Alle Aktien, die die Beschäftigten bis dahin z.B. in Form von sogenann-

ten Mitarbeiteraktien erworben haben, dürfen auch weiterhin gehalten werden, sofern es sich nicht bei diesen Personen um Mitglieder der Unternehmensleitung des UTB handelt. Diese haben ihre Anteile bis spätestens 31.03.2016 zu veräußern. Das Verbot des Erwerbs von Aktien gilt nur für den direkten Erwerb. Findet ein indirekter Erwerb (z.B. durch Anteile von Aktien in einem Fonds, der von dritten Fondsmanagern betreut wird, oder im Rahmen von fondsgebundenen Lebensversicherungen) statt, so ist dies unschädlich, sofern es sich um einen Fonds handelt, der auch Personen außerhalb des vertikal integrierten Unternehmens öffentlich zum Kauf angeboten wird, bei dem der TB und / oder die Mitglieder der Unternehmensleitung keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Fondsmanager haben und dessen Anteil am vertikal integrierten Unternehmen oder seiner Unternehmensteile im Verhältnis zum Gesamtvolumen des Fonds berechnet nach dem aktuellen Wert der Anteile einen erheblichen Anteil nicht überschreitet.

3.5. Aufsichtsrat des Transportnetzbetreibers

Der UTB hat über einen Aufsichtsrat zu verfügen (siehe folgenden Abschnitt 3.5.1.), der bestimmte Aufgaben wahrzunehmen hat (siehe folgenden Abschnitt 3.5.2.). Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben bestimmte Anforderungen an ihre Unabhängigkeit vom vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen zu erfüllen (siehe folgenden Abschnitt 3.5.3.).

3.5.1. Gewährleistung eines Aufsichtsrats

„Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat über einen Aufsichtsrat nach Abschnitt 2 des Teils 4 des Aktiengesetzes zu verfügen.“ (§ 10d Abs. 1 EnWG)

Unabhängig von seiner gesellschaftsrechtlichen Ausgestaltung hat der UTB zwingend über einen Aufsichtsrat nach dem AktG zu verfügen. Es handelt sich bei dieser Vorschrift also um eine sektorspezifische Regelung des Gesellschaftsrechts. Ist der UTB eine GmbH, so ist grundsätzlich § 52 Abs. 1 GmbHG anzuwenden. Danach dürfen zwar im Gesellschaftsvertrag der GmbH grundsätzlich Abweichungen vom AktG geregelt sein, da der Aufsichtsrat aber nach Teil 4, Abschnitt 2 des AktG eingerichtet sein muss, dürfen zumindest für die §§ 95 bis 116 AktG keine abweichenden Regelungen getroffen werden.

3.5.2. Aufgabenbereich

„Entscheidungen, die Ernennungen, Bestätigungen, Beschäftigungsbedingungen für Personen der Unternehmensleitung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers, einschließlich Vergütung und Vertragsbeendigung, betreffen, werden vom Aufsichtsrat getroffen. Der Aufsichtsrat entscheidet, abweichend von § 119 des Aktiengesetzes, auch über die Genehmi-

gung der jährlichen und langfristigen Finanzpläne des Unabhängigen Transportnetzbetreibers, über die Höhe der Verschuldung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers sowie die Höhe der an die Anteilseigner des Unabhängigen Transportnetzbetreibers auszuzahlenden Dividenden. Entscheidungen, die die laufenden Geschäfte des Transportnetzbetreibers, insbesondere den Netzbetrieb sowie die Aufstellung des zehnjährigen Netzentwicklungsplans nach den §§ 12a bis 12f oder nach § 15a betreffen, sind ausschließlich von der Unternehmensleitung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers zu treffen.“ (§ 10d Abs. 2 EnWG)

Die strukturellen Vorgaben für die Organe des UTB verfolgen das Ziel, dem Vorstand eine weite Handlungsfreiheit zu ermöglichen. Hierbei gerät der Aufsichtsrat zweifach in den Blick. Einerseits soll gewährleistet werden, dass der Aufsichtsrat selbst die Unabhängigkeit nicht gefährdet. Auf der anderen Seite werden dem Aufsichtsrat im EnWG explizit Rechte zugeschrieben, die sonst der Hauptversammlung bzw. Gesellschafterversammlung zustehen, um durch den teils unabhängig besetzten Aufsichtsrat die Einflussosphäre der durch das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen dominierten Hauptversammlung bzw. Gesellschafterversammlung zu verringern.

Im Zuge dieser Aufgabe genehmigt der Aufsichtsrat des UTB die Finanzpläne, regelt die Höhe der Dividendenauszahlung und entscheidet über die Höhe der Verschuldung. Klar von diesen Aufgaben abgegrenzt ist das Tagesgeschäft des UTB, auf das der Aufsichtsrat bereits nach AktG keinen Einfluss hat.

3.5.3. Unabhängigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats

„§ 10c Absatz 1 bis 5 gilt für die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrats des Unabhängigen Transportnetzbetreibers abzüglich einem Mitglied entsprechend. § 10c Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt für die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats des Unabhängigen Transportnetzbetreibers entsprechend.“ (§ 10d Abs. 3 EnWG)

§ 10d Abs. 3 EnWG enthält Regelungen bezüglich der Unabhängigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats. So gelten die Unabhängigkeitsanforderungen des § 10c Abs. 1-5 EnWG auch für die Hälfte der Mitglieder (minus 1 Mitglied) des Aufsichtsrats entsprechend. Insoweit gelten für diese Mitglieder des Aufsichtsrates die in Abschnitt 3.4. getätigten Aussagen entsprechend. Weiterhin muss seitens des UTB sichergestellt sein, dass die Unabhängigkeit dieser Aufsichtsratsmitglieder gewahrt ist. Dieses kann durch eine entsprechende Erklärung des Unternehmens gewährleistet werden. Arbeitnehmervertreter, die aufgrund der Mitbestimmung in den Aufsichtsrat des UTB entsendet werden, gelten als unabhängig. Sie unterliegen aber ebenso den Regelungen des § 10c Abs. 1-5 EnWG.

3.6. Gleichbehandlungsprogramm

Die Regelungen des § 10e EnWG zum Gleichbehandlungsprogramm und zum Gleichbehandlungsbeauftragten knüpfen an das bereits bestehende Recht in diesem Bereich an. Die Position des Gleichbehandlungsbeauftragten innerhalb des UTB (gegenüber Unternehmensleitung und Aufsichtsrat) wird aber gestärkt. Will der Aufsichtsrat eines UTB den zuständigen Gleichbehandlungsbeauftragten abberufen, hat er vorher die Zustimmung der Bundesnetzagentur einzuholen. Die Bundesnetzagentur behält sich vor, im Rahmen der Zertifizierungsentscheidung und der damit einhergehenden Genehmigung des Gleichbehandlungsprogramms Auflagen zur Handhabung und künftigen Überprüfung der Effektivität des Gleichbehandlungsprogramms auszusprechen.

3.6.1. Gleichbehandlungsbeauftragter

„Unbeschadet der Befugnisse der Regulierungsbehörde wird die Einhaltung des Programms fortlaufend durch eine natürliche oder juristische Person (Gleichbehandlungsbeauftragter des Unabhängigen Transportnetzbetreibers) überwacht. Der Gleichbehandlungsbeauftragte des Unabhängigen Transportnetzbetreibers wird vom nach § 10d gebildeten Aufsichtsrat des unabhängigen Transportnetzbetreibers ernannt. § 10c Absatz 1 bis 5 gelten für den Gleichbehandlungsbeauftragten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers entsprechend, § 10c Absatz 2 Satz 1 und 2 gilt nicht entsprechend, wenn der Unabhängige Transportnetzbetreiber eine natürliche Person zum Gleichbehandlungsbeauftragten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers bestellt hat. Der Gleichbehandlungsbeauftragte des Unabhängigen Transportnetzbetreibers ist der Leitung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers unmittelbar zu unterstellen und in dieser Funktion weisungsfrei. Er darf wegen der Erfüllung seiner Aufgaben nicht benachteiligt werden. Der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat dem Gleichbehandlungsbeauftragten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Gleichbehandlungsbeauftragte des Unabhängigen Transportnetzbetreibers kann vom Unabhängigen Transportnetzbetreiber Zugang zu allen für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Daten sowie, ohne Vorankündigung, zu den Geschäftsräumen des Unabhängigen Transportnetzbetreibers verlangen; der Unabhängige Transportnetzbetreiber hat diesem Verlangen des Gleichbehandlungsbeauftragten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers zu entsprechen.“ (§ 10e Abs. 2 EnWG)

Damit der Gleichbehandlungsbeauftragte seine Aufgabe innerhalb des Konzerns objektiv wahrnehmen kann, gelten für ihn ebenfalls die Anforderungen an die Unabhängigkeit aus §10c Abs. 1-5 EnWG. Damit sind bezüglich der Unabhängigkeit die gleichen Anforderungen zu stellen wie bei der Unternehmensleitung und dem Aufsichtsrat (siehe oben, Abschnitt

3.4.). Entgegen der früheren Praxis ist es künftig auch nicht mehr möglich, dass ein Gleichbehandlungsbeauftragter für alle Netzbetreiber im vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen zuständig ist. Sofern kein Kombinationsnetzbetreiber vorliegt, benötigt der UTB einen eigenen Gleichbehandlungsbeauftragten.

3.6.2. Zustimmung der Bundesnetzagentur

„Der Aufsichtsrat des Unabhängigen Transportnetzbetreibers hat die Ernennung des Gleichbehandlungsbeauftragten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers der Regulierungsbehörde unverzüglich mitzuteilen. Die Ernennung nach Absatz 2 Satz 2 wird erst nach Zustimmung der Regulierungsbehörde wirksam. Die Zustimmung zur Ernennung ist von der Regulierungsbehörde, außer im Falle fehlender Unabhängigkeit oder fehlender fachlicher Eignung der vom Unabhängigen Transportnetzbetreiber zur Ernennung vorgeschlagenen Person, zu erteilen. Die Auftragsbedingungen oder Beschäftigungsbedingungen des Gleichbehandlungsbeauftragten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers, einschließlich der Dauer seiner Bestellung, sind von der Regulierungsbehörde zu genehmigen.“ (§ 10e Abs. 3 EnWG)

Die Ernennung des Gleichbehandlungsbeauftragten ist zustimmungspflichtig.

Die jährliche Berichterstattung des Gleichbehandlungsbeauftragten wird bereits nach bisherigem Recht durch die Vorlage des jährlich einzureichenden Gleichbehandlungsberichts gewährleistet, so dass es auch in diesem Punkt keine Änderungen gibt (§ 10e Abs. 4 EnWG). Lediglich das Datum der Vorlage des Berichtes wurde abgeändert. So ist der Bericht erstmalig zum 30.09.2012 und somit nicht mehr zum 31.03. und dann jedes Jahr zum 30.09. der Bundesnetzagentur vorzulegen.

3.6.3. Sitzungsteilnahme

„Der Gleichbehandlungsbeauftragte des Unabhängigen Transportnetzbetreibers ist berechtigt, an allen Sitzungen der Unternehmensleitung, des Aufsichtsrats oder der Gesellschafter- oder Hauptversammlung teilzunehmen. In den Sitzungen des Aufsichtsrats ist dem Gleichbehandlungsbeauftragten des Unabhängigen Transportnetzbetreibers ein eigenes Rederecht einzuräumen. Der Gleichbehandlungsbeauftragte des Unabhängigen Transportnetzbetreibers hat an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teilzunehmen, die folgende Fragen behandeln: Netzzugangsbedingungen nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 15) und der Verordnung Nr. 715/2009 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36), insbesondere soweit die Beratungen Fragen zu Netzentgelten, Leistungen im Zusammenhang mit dem Zugang Dritter, der Kapazitätsvergabe und dem Engpassmanagement, Transparenz, Ausgleich von Energieverlusten und Sekundärmärkte betreffen, Vorhaben für den

Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Transportnetzes, insbesondere hinsichtlich der notwendigen Investitionen für den Netzanschluss und Netzverbund, in neue Transportverbindungen, für die Kapazitätsausweitung und die Verstärkung vorhandener Kapazitäten, oder den Verkauf oder Erwerb von Energie, die für den Betrieb des Transportnetzes erforderlich ist.“ (§ 10e Abs. 7 EnWG)

Durch diese Regelung erhält der Gleichbehandlungsbeauftragte das Recht, an allen Sitzungen aller Entscheidungsgremien des UTB teilzunehmen, soweit die in § 10e Abs. 7 EnWG behandelt werden.

4. Der Unabhängige Systembetreiber (USB), § 9 EnWG

Der USB unterscheidet sich in einem zentralen Punkt von den beiden anderen zulässigen Organisationsmodellen eines TB. Nur beim USB ist vorgesehen, dass das Eigentum am Transportnetz nicht beim Netzbetreiber, sondern an anderer Stelle im vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen liegen darf. Es wird demnach darauf verzichtet, zwischen dem Transportnetzeigentümer und vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen eine solch starke Trennung wie beim UTB zu schaffen. Diese auf den ersten Blick schwächere Entflechtung wird jedoch dadurch kompensiert, dass der USB nicht im vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbleiben darf, sondern so getrennt werden muss, wie es einem ETB entspricht.

Der Bundesnetzagentur ist derzeit kein Unternehmen bekannt, dass im Zuge der anstehenden Zertifizierung das Modell eines USB umzusetzen beabsichtigt. Insoweit wird an dieser Stelle auf detaillierte Ausführungen verzichtet.

Anlage 1 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber (ETB)

1. Eigentum					
Bitte wählen	1.1. Netzplan und Auflistung aller für das Betreiben des Transportnetzes erforderlichen Anlagen und Betriebsmittel	§ 8 Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	1.2. Eigentumsklärung	§ 8 Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	1.3. Beteiligungsverhältnisse bei mittelbarem Eigentum am Transportnetz	§ 8 Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	1.4. Nachweis(e) über die Beherrschung der Eigentums-gesellschaft (bei mittelbarem Eigentum) durch den ETB	§ 8 Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	1.5. Strukturen der Eigentumsverteilung (Bruchteilseigentum)	§ 8 Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	1.6. Anlagen die zur Nutzung von Dritten überlassen wurden	§ 8 Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
2. Kontrolle					
Bitte wählen	2.1. Übersicht über alle Anteilseigner und deren Rechte	§ 8 Abs. 2 Satz 2 und 3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	2.2. Bei alleiniger oder gemeinsamer Kontrolle durch einen Anteilseigner, Übersicht über dessen Anteilseigner und Erklärung zu evtl. eingeräumten Minderheitsrechten dieser Anteilseigner	§ 8 Abs. 2 Satz 2, 3, 6 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	2.3. Bei gemeinsamer Kontrolle durch mehrere Anteilseigner, Übersicht über deren jeweilige Anteilseigner und Erklärung zu evtl. eingeräumten Minderheitsrechten dieser Anteilseigner	§ 8 Abs. 2 Satz 2, 3, 6 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	2.4. Gesellschaftsvertrag des ETB und der Eigentums-gesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	§ 8 Abs. 2 Satz 2, 3, 6 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	2.5. Handelsregisterauszüge des ETB und der Eigentums-gesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	§ 8 Abs. 2 Satz 2, 3, 6 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	2.6. Evtl. Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge des ETB und der Eigentums-gesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	§ 8 Abs. 2 Satz 2, 3, 6 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	2.7. Stimmbindungsverträge oder sonstige Verträge, die Einfluss auf das Verhalten der Gesellschafter gewähren, (z.B. Joint Venture Verträge, Zustimmungsvorbehalte / Vetorechte) jeweils für die Anteilseigner des ETB und/ oder der Eigentums-gesellschaft (bei mittelbarem Eigentum)	§ 8 Abs. 2 Satz 2, 3, 6 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	2.8. Ergebnis des Anmeldeverfahrens bei den Kartellbehörden	§ 8 Abs. 2 Satz 2, 3, 6 EnWG	Bitte wählen		
3. Aufsichtsrat (soweit vorhanden) oder der zur Vertretung berufenen Organe					
Bitte wählen	3.1. Konsortialvereinbarungen	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		

Anlage 1 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber (ETB)

Bitte wählen	3.2. Geschäftsordnung Aufsichtsrat	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.3. Protokolle der letzten Aufsichtsratssitzungen	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.4. Protokoll der letzten Hauptversammlung die zur Wahl des Aufsichtsrats geführt hat	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.5. Erklärung über das Nichtausüben untersagter Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.6. Liste der Mitglieder des Aufsichtsrats	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.7. Übersicht aller anderen Organe des TB	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.8. Übersicht über Funktionen in Organen anderer Gesellschaften	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.9. Bei Bestimmungsrecht einer juristischen Person für ein Mitglied des Aufsichtsrats: Darstellung der sonstigen Beteiligungen dieser Person	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Unternehmensleitung					
Bitte wählen	3.10. Konsortialvereinbarungen (z.B. Entsenderechte eines Anteilseigners)	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.11. Geschäftsordnung Unternehmensleitung	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.12. Protokoll der letzten Hauptversammlung/ Gesellschafterversammlung/ Aufsichtsratssitzung die zur Wahl des Leitungsgremiums geführt hat	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.13. Erklärung über das Nichtausüben untersagter Funktionen der Unternehmensleitungsmitglieder	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.14. Liste der Mitglieder der Unternehmensleitung	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.15. Übersicht über Funktionen in Organen anderer Gesellschaften	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	3.16. Bei Bestimmungsrecht einer juristischen Person für ein Mitglied der Unternehmensleitung: Darstellung der sonstigen Beteiligungen dieser Person	§ 8 Abs. 2 Satz 5 EnWG	Bitte wählen		
4. Gewährleistung der Mittel					
Bitte wählen	4.1. Jahresabschluss 2010 (Abschrift)	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.2. Jahresabschluss 2009 (Abschrift)	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.3. Jahresabschluss 2008 (Abschrift)	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.4. Organigramm inkl. Anzahl der Arbeitnehmer	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.5. Erläuterung zur Tätigkeit der verantwortlichen Mitarbeiter, sowie zu eingekauften Dienstleistungen	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.6. Finanzierungsplan	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		

Anlage 1 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber (ETB)

Bitte wählen	4.7. Finanzierungsvereinbarungen (z.B. Darlehen, Sicherheitsverträge)	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.8. Kooperationsvereinbarungen, Haftungs-Garantiezusagen	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.9. Erklärung zur Verfügung über entsprechende Mittel	§ 8 Abs. 2 Satz 9 EnWG	Bitte wählen		
5. Übermittlung sensibler Informationen					
Bitte wählen	5.1. Darstellung zu Maßnahmen, die getroffen wurden, um die Übermittlung wirtschaftlich sensibler Information an das ehemals vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zu verhindern	§ 8 Abs. 3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	5.2. Erklärung, dass kein Personalübergang auf das ehemals vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen stattgefunden hat	§ 8 Abs. 3 EnWG	Bitte wählen		
6. Sonstiges					
Bitte wählen	Ausgefüllter QUESTIONNAIRE der Kommission – SEC(2011) 1095 final: COMMISSION STAFF WORKING PAPER on certification of Transmission System Operators of networks for electricity and natural gas in the European Union; Stand: 21.09.2011				
7. Einreichung der Unterlagen bei der Bundesnetzagentur					
Bitte wählen	7.1. 3-fache schriftliche Ausfertigung der Unterlagen ohne Schwärzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen in paginierter Form				
Bitte wählen	7.2. 2-fache schriftliche Ausfertigung der Unterlagen (geschwärzte Fassung) in paginierter Form				
Bitte wählen	7.3. Unterlagen in elektronischer Form ohne Schwärzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen (Eingescannte Version mit Paginierung)				
Bitte wählen	7.4. Unterlagen in elektronischer Form - geschwärzte Fassung (Eingescannte Version mit Paginierung)				

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

Zustimmung des Boardman's		Datum		Langfristige Ausschüttung in % des Distributionsfonds (Vertragsperiode)		Langfristige Ausschüttung in % des Anlagenumschlags	
1. Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen (viEVU)							
Bitte wählen	1.1. Darstellung der Beherrschungsverhältnisse verbundener Unternehmen	§ 10 Abs. 1 Satz 1 EnWG (Def. Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen - viEVU)	Bitte wählen				
Bitte wählen	1.2. Abgrenzung der wettbewerblichen Aktivitäten von den Netzaktivitäten innerhalb eines Konzerns	§ 10 Abs. 1 Satz 1 EnWG (Def. Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen - viEVU)	Bitte wählen				
Bitte wählen	1.3. Erklärung der im EWR tätigen Unternehmen dass sie die Aufgaben und Funktionen wahrnehmen	§ 10 Abs. 1 Satz 1 EnWG (Def. Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen - viEVU)	Bitte wählen				
Bitte wählen	1.4. Auflistung der Unternehmen des viEVU, die Verträge zur Wahrnehmung von wettbewerblichen Aktivitäten abgeschlossen haben	§ 10 Abs. 1 Satz 1 EnWG (Def. Vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen - viEVU)	Bitte wählen				
2. Aufgabenbereich des UTB							
Bitte wählen	2.1. Name(n) der Person(en), die der Bundesnetzagentur und Dritten gegenüber vertretungsberechtigt sind	§ 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EnWG	Bitte wählen				
Bitte wählen	Name(n) der Person(en) die den UTB bei ENTSO vertreten	§ 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 EnWG	Bitte wählen				
Bitte wählen	2.2. Erklärung des Unternehmens, dass diese Person(en) beim UTB angestellt sind	§ 10a Abs. 1 EnWG	Bitte wählen				
Bitte wählen	2.3. Darstellung zur Erhebung der transportnetzbezogenen Entgelte	§ 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 EnWG	Bitte wählen				
Bitte wählen	2.4. Organigramm und verbindliche Erklärung, dass Recht, Buchhaltung und IT beim UTB vorhanden sind		Bitte wählen				
Bitte wählen	2.5. Qualifikation und Nachweis der fachlichen Eignung der für die Organisationseinheiten verantwortlichen Führungskräfte	§ 10a Abs. 1 EnWG	Bitte wählen				
Bitte wählen	2.6. Verträge zur Gründung von Gemeinschaftsunternehmen	§ 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 EnWG	Bitte wählen				
3. Rechtsform des UTB							
Bitte wählen	3.1. Handelsregistrauszug des UTB	§ 10 Abs. 2 Satz 2 EnWG	Bitte wählen				
4. Personal							
Bitte wählen	4.1. Organigramm inkl. Anzahl der Beschäftigten	§ 10 Abs. 1, § 10a Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen				

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

Bitte wählen	4.2. Erklärung, dass Mitarbeiter, die im Organigramm benannt sind, nicht bei einem anderen Unternehmen des vIEVU angestellt sind	§ 10 Abs. 1, § 10a Abs. 2 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.3. Erklärung, dass keine Arbeitnehmerüberlassung zum oder vom vIEVU stattfindet	§ 10a Abs. 2 Satz 2 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	4.4. Ggf. Verträge mit externen Dienstleistern	§ 10a Abs. 2 Satz 1 und 2 EnWG	Bitte wählen		
5. Erbringung von Dienstleistungen					
Bitte wählen	5.1. Erklärung, dass keine Dienstleistungen vom vIEVU in Anspruch genommen werden	§ 10a Abs. 3 Satz 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	5.2. Auflistung der Dienstleistungsverträge mit dem vIEVU (Datum, Vertragspartner, Vertragsgegenstand); Erbringung der Dienstleistung durch den UTB	§ 10a Abs. 3 Satz 2 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	5.3. Verträge mit dem vIEVU über die Erbringung von Dienstleistungen	§ 10a Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 und 3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	5.4. Nachweis über das Angebot der Dienstleistung an alle Nutzer des Transportnetzes	§ 10a Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 EnWG	Bitte wählen		
6. Unternehmensidentität					
Bitte wählen	6.1. Darstellung Außenkommunikation und Marke (Corporate Identity) des UTB	§ 10a Abs. 4 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	6.2. Unterlagen des Deutschen Patent- und Markenamtes	§ 10a Abs. 4 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	6.3. Prozessbeschreibung Kundenkommunikation	§ 10a Abs. 4 EnWG	Bitte wählen		
7. Trennung von Informationstechnologie					
Bitte wählen	7.1. Übersicht zur Nutzung von IT-Infrastruktur	§ 10a Abs. 5 Satz 1-3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	7.2. ggf. Vorlage eines Zertifikates über die Trennung der IT-Infrastruktur	§ 10a Abs. 5 Satz 1-3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	7.3. Übersicht der Nutzung von Software sowie Erklärung, dass angepasste Software nicht gemeinsam mit dem vIEVU genutzt wird	§ 10a Abs. 5 Satz 1-3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	7.4. Erklärung mit welchen externen Beratern UTB und vIEVU zusammen arbeiten	§ 10a Abs. 5 Satz 1-3 EnWG	Bitte wählen		
8. Räumliche Trennung					
Bitte wählen	8.1. Liegenschaftsplan, Gebäudeplan	§ 10a Abs. 6 Satz EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	8.2. Darstellung, welche Zugangskontrollsysteme bei UTB und vIEVU genutzt werden	§ 10a Abs. 6 Satz EnWG	Bitte wählen		

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

Bitte wählen	8.3 Nachweis des Eigentums an den Räumlichkeiten oder Vorlage der Nutzungsüberlassungsverträge	§ 10a Abs. 6 Satz EnWG	Bitte wählen			
	9. Rechnungslegung					
Bitte wählen	Erklärung des UTB, welche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Wirtschaftsprüfer eingesetzt werden und dass diese nicht identisch mit denen des vIEVU sind	§ 10a Abs. 7 EnWG	Bitte wählen			
	10. Gewährleistung wirksamer Entscheidungsbefugnisse					
Bitte wählen	10.1. Erklärung des vIEVU, dass jegliche Einflussnahme auf die Vermögenswerte des UTB unterlassen wird	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	10.2. Vorlage von Konzernrichtlinien o.ä. zur Fremdfinanzierung und Darstellung der Befugnis und Entscheidungswege zur Fremdmittelbeschaffung	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	10.3. Regelung für eine Kapitalerhöhung	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	10.4. Relevante vertragliche Vereinbarungen (Satzung, Gesellschaftsvertrag u.a.)	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	10.5. Erklärung, dass Eigentum am Transportnetz besteht	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	10.6. Aufstellung der Beteiligungsverhältnisse, falls mittelbares Eigentum vorliegt	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	10.7. Liegt Bruchteilseigentum vor, Strukturen der Eigentumsverteilung und entsprechende Verträge mit den anderen Bruchteilseigentümern	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	11.4. Erklärung, dass die Unabhängigkeit weder durch eine Beherrschung noch durch eine Eingliederung oder sonstige Vereinbarungen beeinträchtigt ist	§ 10b Abs. 1 EnWG	Bitte wählen			
	11. Unabhängigkeit des TB					
Bitte wählen	11.1. Gesellschaftsvertrag/Satzung	§ 10b Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	11.2. Erklärung des vIEVU zu Verzicht auf Einflussnahme auf das laufende Geschäft	§ 10b Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	11.3. Ggf. Corporate Governance-Richtlinien	§ 10b Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	11.4. Erklärung, dass die Unabhängigkeit weder durch eine Beherrschung noch durch eine Eingliederung beeinträchtigt ist	§ 10b Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

12. Tochterunternehmen				
Bitte wählen	12.1. Beteiligungsstruktur vIEVU und UTB	§ 10b Abs. 3 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	12.2. Anteilseignerstruktur vIEVU und UTB	§ 10b Abs. 3 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	12.3. Übersicht über alle verbundenen Unternehmen (inklusive Höhe der Anteile)	§ 10b Abs. 3 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	12.4. Übersicht mit allen Unternehmen, die nach Selbsteinschätzung des Antragstellers Teil des vIEVU sind (hierbei ist die Höhe der Anteile anzugeben)	§ 10b Abs. 3 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	12.5. Verträge und sonstige Vereinbarungen zwischen den Tochterunternehmen des vIEVU und dem UTB	§ 10b Abs. 3 EnWG	Bitte wählen	
13. Gewährleistung der Mittel				
Bitte wählen	13.1. Vorhabenplanung für die nächsten Jahre	§ 10b Abs. 4 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	13.2. Finanzierungsplan	§ 10b Abs. 4 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	13.3. Finanzierungsvereinbarung (Darlehen, Sicherheiten)	§ 10b Abs. 4 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	13.4. Jahresabschluss 2010 (Abschrift)	§ 10b Abs. 4 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	13.5. Jahresabschluss 2009 (Abschrift)	§ 10b Abs. 4 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	13.6. Jahresabschluss 2008 (Abschrift)	§ 10b Abs. 4 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	13.7. Erklärung, das entsprechende Mittel bereitgestellt werden	§ 10b Abs. 4 EnWG	Bitte wählen	
14. Marktüblichkeit der Vereinbarungen				
Bitte wählen	14.1. Alle Vereinbarungen und Verträge, die eine kommerzielle oder finanzielle Beziehung zwischen dem UTB und dem vIEVU begründen	§ 10b Abs. 5 EnWG	Bitte wählen	
Bitte wählen	14.2. Liste mit den abgeschlossenen Vereinbarungen (Datum, Vertragspartner, Vertragsgegenstand)	§ 10b Abs. 5 EnWG	Bitte wählen	
15. Mitteilungen über die Unternehmensleitung				
Bitte wählen	15.1. Liste der Personen der obersten Unternehmensleitung	§ 10c Abs. 1 EnWG	Bitte wählen	

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

Bitte wählen	15.2. Verträge und Vereinbarungen, die mit den Personen der obersten Unternehmensleitung geschlossen wurden	§ 10c Abs. 1 EnWG	Bitte wählen		
16. Cooling-Off					
Bitte wählen	16.1. Liste der Personen der Unternehmensleitung	§ 10c Abs. 2 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	16.2. Verträge und Vereinbarungen mit Personen der Unternehmensleitung	§ 10c Abs. 2 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	16.3. Persönliche Erklärung der Mehrheit der Angehörigen der Unternehmensleitung, dass die Voraussetzungen nach § 10c Abs. 2 Satz 1 EnWG zur Zeit der Zertifizierung vorliegen und künftig eingehalten werden; insbesondere dass sie keine sonstigen Interessens- oder Geschäftsbeziehungen zum vIEVU unterhalten und auch nicht unterhalten werden	§ 10c Abs. 2 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	16.4. Persönliche Erklärung der verbleibenden Angehörigen der Unternehmensleitung, dass die Voraussetzungen nach § 10c Abs. 2 Satz 2 EnWG zur Zeit der Zertifizierung vorliegen und künftig eingehalten werden	§ 10c Abs. 2 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	16.5. Persönliche Erklärung sämtlicher Angehörigen der Unternehmensleitung, dass sie nach dem 03.03.2012 keine Anteile am vIEVU erwerben werden und, soweit sie Anteile am vIEVU aus der Zeit vor dem 03.03.2012 besitzen, diese bis spätestens 31.03.2016 veräußern und dies der BNetzA unaufgefordert nachweisen werden.	§ 10c Abs. 4 Satz 2 EnWG	Bitte wählen		
17. Cooling-Off					
Bitte wählen	Verträge/Vereinbarungen mit den relevanten Personen, die eine Pönale beinhalten; insbesondere auch Regelungen, dass Personen der Unternehmensleitung keine sonstigen Interessens- oder Geschäftsbeziehungen zum vIEVU innerhalb der gesetzlichen Frist aufnehmen werden	§ 10c Abs. 5 EnWG	Bitte wählen		
18. Gewährleistung der Unabhängigkeit					

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

Bitte wählen	18.1. Musterarbeitsvertrag, der Ausschluss der Anstellung beim vIEVU vorsieht und auf Unabhängigkeitsverpflichtung im EnWG verweist	§ 10c Abs. 3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	18.2. Erklärung des UTB, dass die Verpflichtungen eingehalten werden und insbesondere keiner seiner Beschäftigten oder Personen der Unternehmensleitung von dem mit ihm verbundenen vIEVU zu vergünstigten Konditionen Energie geliefert bekommt sowie keine vergleichbaren Vereinbarungen zwischen den Beschäftigten und dem vIEVU bestehen	§ 10c Abs. 3 EnWG	Bitte wählen		
19. Erwerb von Anteilen am vIEVU					
Bitte wählen	19.1. Musterarbeitsverträge für Beschäftigte, in denen entsprechende Verbote festgelegt sind	§ 10c Abs. 4 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	19.2. Verträge und Vereinbarungen mit Personen der Unternehmensleitung	§ 10c Abs. 4 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	19.3. Ggf. Corporate Governance-Richtlinien	§ 10c Abs. 4 EnWG	Bitte wählen		
20. Aufsichtsrat des UTB					
Bitte wählen	20.1. Satzung/Gesellschaftsvertrag	§ 10d Abs. 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	20.2. Liste der Mitglieder des Aufsichtsrats	§ 10d Abs. 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	20.3. Geschäftsordnung des Aufsichtsrats	§ 10d Abs. 1 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	20.4. Corporate Governance mit Regelungen zum Aufsichtsrat	§ 10d Abs. 2 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	20.5. Erklärung des UTB, welche Aufsichtsratsmitglieder den Anforderungen nach § 10c Abs. 1-5 EnWG genügen	§ 10d Abs. 3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	20.6. Persönliche Erklärung der entsprechenden Aufsichtsratsmitglieder, dass sie diesen Anforderungen genügen	§ 10d Abs. 3 EnWG	Bitte wählen		
Bitte wählen	20.7. Unterlagen nach § 10c Abs. 1-5 EnWG (Nachweise gemäß Nummern 15-19) für die Mitglieder des Aufsichtsrats	§ 10d Abs. 3 EnWG	Bitte wählen		
21. Gleichbehandlungsbeauftragter					
Bitte wählen	21.1. Gleichbehandlungsprogramm und Erläuterungen zur Durchsetzung und Kontrolle der Beachtung des Gleichbehandlungsprogramms	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen		

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

Bitte wählen	21.2. Erklärung des vIEVU über Zugangsmöglichkeit zu Daten und Geschäftsräumen seitens des Gleichbehandlungsbeauftragten	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.3. Erklärung des UTB über Zugangsmöglichkeit zu Daten und Geschäftsräumen seitens des Gleichbehandlungsbeauftragten	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.4. Arbeitsvertrag des Gleichbehandlungsbeauftragten	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.5. Darstellung der organisatorischen Eingliederung einschließlich sonstiger Aufgaben im Unternehmen	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.6. Verfügbarkeitserklärung, falls Gleichbehandlungsbeauftragter nicht beim UTB angestellt	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.7. Nachweis einer aufgabengerechten Ausstattung	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.8. Beschreibung der Einbindung in die Entscheidungsabläufe	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.9. Persönliche Erklärung des Gleichbehandlungsbeauftragten, dass er die Anforderungen des § 10 e Abs. 2 Satz 3 EnWG erfüllt	§ 10e Abs. 2 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	21.10. Unterlagen nach § 10c Abs. 1-5 EnWG (Nachweise gemäß Nummern 15-19) für Gleichbehandlungsbeauftragten	§ 10e Abs. 2 Satz 3 EnWG	Bitte wählen			
22. Zustimmung Bundesnetzagentur						
Bitte wählen	22.1. Lebenslauf Gleichbehandlungsbeauftragter	§ 10e Abs. 3 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	22.2. Ggf. sonstige Information über den Gleichbehandlungsbeauftragten, die für die Bewertung seiner Unabhängigkeit und Eignung erforderlich sind	§ 10e Abs. 3 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	22.3. Geschäftsordnung Aufsichtsrat	§ 10e Abs. 4 EnWG	Bitte wählen			
Bitte wählen	22.4. Erklärung oder schriftlicher Nachweis über Rechte des Gleichbehandlungsbeauftragten	§ 10e Abs. 7 EnWG	Bitte wählen			
23. Sonstiges						

Anlage 2 zum Hinweispapier vom 12.12.2011: Unterlagen Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)

Bitte wählen	Ausgefüllter QUESTIONNAIRE der Kommission – SEC(2011) 1095 final: COMMISSION STAFF WORKING PAPER on certification of Transmission System Operators of networks for electricity and natural gas in the European Union; Stand: 21.09.2011				
	24. Einreichung der Unterlagen bei der Bundesnetzagentur				
Bitte wählen	24.1. 3-fache schriftliche Ausfertigung der Unterlagen ohne Schwärzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen in paginierter Form				
Bitte wählen	24.1. 2-fache schriftliche Ausfertigung der Unterlagen (geschwärzte Fassung) in paginierter Form				
Bitte wählen	24.3. Unterlagen in elektronischer Form ohne Schwärzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen (Eingescannte Version mit Paginierung)				
Bitte wählen	24.4. Unterlagen in elektronischer Form - geschwärzte Fassung (Eingescannte Version mit Paginierung)				